

Überblick

4/2015

Flucht - Ursachen, Hintergründe, Konsequenzen

- ▶ **Acht Thesen zu “Flüchtlingskrise” und “Willkommenskultur”**
- ▶ **Rechte und rassistisch motivierte Gewalt in NRW**
- ▶ **Die Alternative für Deutschland (AfD): Ein rechtspopulistischer Profiteur der aktuellen Flüchtlingsdebatte**

Inhalt

Flucht – Ursachen, Hintergründe, Konsequenzen

- Acht Thesen zu „Flüchtlingskrise“ und „Willkommenskultur“ Arian Schiffer-Nasserie	3
- Rechte und rassistisch motivierte Gewalt in NRW – ein Angriff auf uns alle! Birgit Rheims	9
- Die Alternative für Deutschland (AfD): Ein rechtspopulistischer Profiteur der aktuellen Flüchtlingsdebatte Alexander Häusler	11
Literatur und Materialien	16
Nachrichten	18
Termine	19
Die Vielfalt-Mediathek des IDA e. V.	20

Impressum

Der „Überblick“ erscheint vierteljährlich, ist kostenlos und wird herausgegeben vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in NRW (IDA-NRW), Volmerswerther Str. 20, 40221 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 15 92 55-5, Info@IDA-NRW.de, www.IDA-NRW.de

Redaktion: Anne Broden

Der „Überblick“ und IDA-NRW werden gefördert vom Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen. IDA-NRW ist angegliedert an das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V.

Einsendeschluss von Nachrichten und Veranstaltungshinweisen für Nummer 1/2016: 1.03.2016.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

seit Monaten sprechen wir von der „Flüchtlingskrise“. Damit sind aber nicht (Bürger-)Kriege und Terror oder die Vernichtung der Lebensgrundlagen in den Herkunftsländern gemeint, die die Menschen veranlassen, ihre Heimat zu verlassen und die gefährliche Flucht anzutreten, die manchen von ihnen das Leben kostet. Vielmehr ist mit „Flüchtlingskrise“ die hohe Zahl an Geflüchteten gemeint, denen es tatsächlich gelingt, nach Europa und Deutschland zu kommen. Dabei ist diese Krise eine Konsequenz der Weltwirtschaftspolitik, es ist eine Krise der europäischen Migrationspolitik und der europäischen Institutionen. Und auch wenn die EU sich immer mehr als ein vorzugsweise wirtschaftlicher Zusammenschluss erweist, so zeigt doch die Finanzkrise, dass es auch der Solidarität bedürfte, soll dieses supranationale Gebilde nicht auseinanderbrechen. Die deutsche Ausreisepolitik war jedoch kein Beleg für ein solidarisches Miteinander, sondern für eine Machtpolitik, die viele europäische Partner_innen verärgert hat. Nun klagt Deutschland für die Verteilung der Flüchtenden europäische Solidarität ein und ist irritiert, dass sich viele Länder dieser Solidarität verweigern. Auch Italien und Griechenland zeigen sich uneinsichtig und ihre Haltung kann als Retourkutsche für die machtvollere Politik Deutschlands in der Finanzkrise interpretiert werden. Allerdings wurden beide Länder über viele Jahre hinweg mit den bei ihnen ankommenden Geflüchteten allein gelassen. Mangelnde Solidarität der EU-Mitgliedsstaaten im Umgang mit Migrationsphänomenen ist kein neues Thema.

Bundeskanzlerin Merkel sagte vor wenigen Wochen, dies sei nicht ihr Land, wenn wir uns dafür entschuldigen müssten, in Notsituationen ein freundliches Gesicht zu zeigen. Zugleich aber steht ihre Regierung für eine Politik, die die kurzzeitig durchlässigen Grenzen wieder verschließen wird, d. h. bald wird es keine etwas sicheren Wege auf der sog. Balkanroute geben und die Menschen werden wieder den deutlich gefährlicheren Weg über das Mittelmeer suchen. So sympathisch diese Äußerung Merkels auch war, sie bestimmt leider nicht die Migrationspolitik Deutschlands und der EU. Wir werden, so steht zu befürchten, wieder von gekenterten Booten und ertrunkenen Menschen lesen und die freundlichen Willkommengesten werden der Vergangenheit angehören, weil keine Flüchtlinge mehr am Münchner Hauptbahnhof zu begrüßen sind.

Ein anregende Lektüre, erholsame Tage und ein gutes Jahr 2016 wünscht Ihnen
Anne Broden

Schwerpunktthema: Flucht – Ursachen, Hintergründe, Konsequenzen

Diese Ausgabe des *Überblick* beschäftigt sich mit dem Thema Flucht. Dabei geht es weniger um Zahlen, Fluchtwege, der Aufnahmesituation vor Ort oder den gesellschaftlichen Herausforderungen. Vielmehr thematisiert der erste Beitrag Ursachen der Flucht und Hintergründe des (wirtschafts-)politischen Umgangs mit den weltweiten Fluchtbewegungen. Die rechte und rassistische Gewalt als grundsätzliches Problem unserer Gesellschaft und die AfD als Profiteur der aktuellen Flüchtlingsdebatte werden in weiteren Beiträgen fokussiert.

Acht Thesen zu „Flüchtlingskrise“ und „Willkommenskultur“

Arian Schiffer-Nasserie

1.

Menschen verlassen ihre Heimat aufgrund von materieller Existenznot, Umweltzerstörung und Krieg. Das ist ganz und gar kein neues Phänomen. „Flüchtlingskrise“ in diesem brutalen Sinn herrscht vielmehr seit über 60 Jahren und gehört zur ökonomischen und politischen Verfassung der herrschenden Weltordnung offenbar systematisch dazu. Davon jedenfalls gehen die maßgeblichen Staaten ganz selbstverständlich aus, wenn sie – bereits kurz nach dem 2. Weltkrieg – in Form der Genfer Flüchtlingskonvention und dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR – den künftigen zwischenstaatlichen Umgang mit dem menschlichen Elend ihrer internationalen Konkurrenz verabreden. Und daran hat sich 25 Jahre nach dem Kalten Krieg und dem Sieg über das realsozialistische „Reich des Bösen“ nichts verbessert – im Gegenteil!

2.

Dass viele der Flüchtenden versuchen, Europa und besonders die wenigen erfolgreichen Staaten Deutschland, Frankreich, England und Schweden zu erreichen, ist ebenfalls seit Jahren so. Die Regierungen der Bundesrepublik begegneten der unerwünschten Zuwanderung seit den 1990er Jahren vor allem mit einem migrations- und asylpolitischen Maßnahmenbündel aus Abschreckung, Abwehr und Abschottung. Und sie setzten ihre flüchtlingspolitischen Ansprüche europaweit so kompromisslos durch, dass das Staatenbündnis seitdem auch den Beinamen „Festung“ trägt. Insbesondere mit der so genannten Dublin-Verordnung verpflichtet die BRD die Länder an der Süd- und Ostgrenze der EU auf die Registrierung, Internierung und Rücknahme jener Flüchtenden, die dort zuerst das Hoheitsgebiet des Bündnisses betreten. Die beabsichtigte Folge: Deutschland

wälzt erstens die humanitären Kosten seiner weltweiten Erfolge auf die europäischen „Partner“ ab, umgibt sich zweitens mit „sicheren Drittstaaten“ innerhalb und außerhalb der EU und stiftet so drittens bei diesen „Transitländern“ das ureigene Interesse an einer möglichst effektiven Grenzsicherung gegen Flüchtende, die ja ursprünglich nicht zu ihnen, sondern nach Nord- oder Westeuropa wollten.

Die unvermeidliche Konsequenz sind über 30.000 Tote und hoffnungslos überfüllte Aufnahmelager an den EU-Außengrenzen in den letzten 20 Jahren. Das alles war und ist nach Auffassung deutscher Führungskräfte in Politik und Presse *keine* Flüchtlingskrise. Vielmehr gilt bis zum Spätsommer 2015 in der Bundesregierung die Sprachregelung, dass die Situation der Flüchtenden zwar bedauerlich, die Ursachen aber entweder bei „kriminellen Schleuserbanden“, welche die Menschen „mit falschen Versprechen aufs Meer locken“, oder aber in „Misswirtschaft, Korruption, Terror und Despotie“ der Herkunftsländer zu suchen seien – jedenfalls nichts mit der westlichen Weltordnung, dem Weltmarkt und der deutschen Rolle darin zu tun haben. Außerdem gebe es „nun mal“ europäische Regelungen beim Umgang mit den Flüchtenden (Dublin) und daran habe sich jedes Land zu halten. Deutschland könne jedenfalls beim besten Willen nicht „für das Elend der gesamten Welt“ die Verantwortung tragen.

Das alles war und ist nach Auffassung der Bundesregierung *keine* Flüchtlingskrise – die gibt es bekanntlich erst seit dem Spätsommer 2015. In diesem Jahr zeichnet sich nämlich immer stärker ab, dass die Flüchtenden es trotz aller Abwehrmaßnahmen in immer größerer Zahl schaffen, die EU lebend zu erreichen. Und nicht nur das: Sie kommen nach Zentraleuropa und wollen vorzugsweise nach Deutschland. Seitdem (!) spricht die Bundesregierung von einer Flüchtlingskrise und hat die Zahl von 800.000 bis eine Million zu erwartenden Flüchtlingen für dieses Jahr in die Welt gesetzt. Die aktuell ausgerufenen „Flüchtlingskrise“ ist also nicht mit dem Leid der Flüchtenden zu verwechseln – in ihr geht es nicht um die Probleme der Flüchtenden, sondern um die Probleme der BRD mit den Flüchtenden.

3.

Dass die Opfer der ökonomischen Weltmarkterfolge Deutschlands und der westlichen Weltordnung durch die EU-Außenstaaten und das Dublin-Verfahren bisher zuverlässig von der Mitte Europas (Deutschland, Frankreich) ferngehalten wurden bzw. schnell zurückgeschickt werden konnten, funktioniert offenbar nicht mehr. In diesem Sinne ist die bisherige Flüchtlingspolitik aus Sicht der deutschen Regierung „gescheitert“ (Angela Merkel). Aber warum?

Zunächst einmal sind die vielen Flüchtenden weltweit Ausdruck der politischen und ökonomischen

Weltlage. Immer neue Rekorde der Flüchtlingszahl (2014 waren es global 59,5 Millionen) zeugen von der zunehmenden Ruinierung weiter Weltgegenden.

a) Herkunftsländer

In vielen Herkunftsstaaten Afrikas und Asiens hat der Einbezug der ehemaligen Kolonien in den Weltmarkt die Lebensgrundlagen großer Bevölkerungsteile zerstört. Weder die kleinbäuerliche Landwirtschaft oder Fischerei noch die wenigen Industrie-Unternehmen sind der Konkurrenz auf dem Weltmarkt dauerhaft gewachsen; oft werden die bisherigen Bewohner_innen und Nutzer_innen des Landes auch schlicht vertrieben, weil Plantagenwirtschaft, Rohstoffgewinnung oder Tourismusindustrie für ihre Regierungen lohnender sind als nur ihr Überleben. In Afrika südlich der Sahara zählt die UNO gegenwärtig 206 Millionen Hungernde. Zu den ökonomischen Gründen für Flucht treten politische: Die in den Drittweltstaaten auftretenden Verteilungskämpfe um die wenigen Reichtumsquellen, die es in den Ländern gibt, machen Korruption und politische Machtkämpfe zu einem Dauerzustand; oft entspringen daraus andauernde Bürgerkriege, in denen die Menschen auf Grundlage ethnischer oder religiöser Zugehörigkeiten um die verbleibenden Ressourcen kämpfen. Korruption, Bürgerkriege und Vertreibungen in den ehemaligen Ländern der Dritten Welt sind also *nicht Ursache*, sondern *Folge* der alternativen Zurichtung der Dritten Welt für einen Weltmarkt, aus dem die westlichen Staaten ihren Nutzen ziehen. Ähnliches gilt für die meisten Länder des früheren Ostblocks (Beispiel Albanien).

Zusätzlich haben die Weltordnungskriege des Westens den Westbalkan, den Nahen und Mittleren Osten aufgemischt (Kosovo, Irak, Afghanistan). Die westlichen Interventionen während des „arabischen Frühlings“ haben dazu geführt, dass in Staaten wie Libyen und Syrien das staatliche Gewaltmonopol zerfällt und die mit westlichen Waffen ausgerüsteten Islamist_innen die Lebensgrundlagen von Millionen zerstören.

Bei all dem war und ist Deutschland dabei. Und das nicht unter „ferner liefen“, sondern als prominenter Nutznießer einer Weltordnung, welche die *Freiheit des Geschäfts* zum globalen Prinzip gemacht hat: Deutsche Unternehmen verkaufen ihre Waren in den EU-Staaten und in die ganze Welt, verschaffen sich die interessanten Rohstoffe (was viele Menschen von ihren Äckern verdrängt) und Arbeitskräfte für ihr Geschäft und bauen weltweit Fabriken, um die Billiglöhne und Märkte anderer Länder für sich auszunutzen.

Mit seinen Exporten, die u. a. deshalb so konkurrenzfähig sind, weil die deutschen Löhne massiv gesenkt wurden (Hartz IV und Niedriglohnsektor), schädigt Deutschland andere Staaten bis zum Ruin. Dafür braucht es die entsprechende *Absicherung der nationalen Interessen* – freie Han-

delswege, sichere Schiffsrouten, Bekämpfung widerspenstiger Staaten bzw. „Terrorist_innen“. Ob Deutschland dabei direkt agiert, ob es von seinen westlichen NATO-Partnern und ihren Weltordnungsaktionen profitiert oder ob es als drittgrößter Waffenexporteur der Welt genehme Kräfte vor Ort beliefert, die globalen Kräfteverhältnisse dadurch in seinem Sinne verändert und für sich schießen lässt (Bsp. Jemen) – all das sind die Mittel der deutschen Außenpolitik, die je nach Nutzererwägung gewählt und dann politmoralisch begründet werden.

b) Anrainerstaaten und Transitländer

Anrainerstaaten dieser Kriege wie Iran, Jordanien und Libanon tragen bisher die Hauptlast der menschlichen Folgekosten. Zusammen mit der Türkei, Pakistan und Äthiopien nehmen sie etwa 46% aller weltweit Flüchtenden auf. Insgesamt finden 86% aller Menschen auf der Flucht Aufnahme in anderen so genannten Entwicklungsländern. Libanon und Jordanien sind angesichts ihrer eigenen ökonomischen Ruinierung und aufgrund mangelnder finanzieller Unterstützung aus anderen Staaten (vgl. UN-Bericht) immer weniger dazu in der Lage, die Flüchtlinge auch nur zu ernähren, geschweige denn, bessere Unterbringung zu organisieren und den Kindern Schulunterricht zu gewährleisten. Deshalb versuchen viele nach Europa weiter zu fliehen und vergrößern so zunächst einmal die Zahl jener, die über die Türkei in die EU wollen.

c) Türkei

Über zwei Millionen Flüchtlinge aus Irak, Afghanistan und ganz besonders aus Syrien leben am Rande der Städte oder in Lagern der Türkei. Von dort aus werden Kämpfer für Armeen rekrutiert, mit denen die Türkei, die USA und andere Staaten die Kräfteverhältnisse im Irak und im syrischen Bürgerkrieg in ihrem Sinne beeinflussen wollen. Vor allem aber sorgt die Türkei so dafür, dass die Vertriebenen „nah an ihrer Heimat“ bleiben und nicht weiter nach Westen fliehen. Um diese Funktion sicher zu stellen hat die EU bereits im Frühjahr 2014 mit der Türkei ein Abkommen geschlossen, dass türkischen Bürger_innen (Visafreiheit) und Unternehmen (Zollerleichterungen) einen erleichterten Zugang zur EU verspricht, wenn die Türkei im Gegenzug Flüchtlinge an der Weiterreise nach Westen hindert. Allerdings beobachtet die EU vom Standpunkt ihrer eigenen geostrategischen Interessen zugleich die regionale Eigenmächtigkeit der Türkei unter der AKP-Führung Erdoğans mit großer Skepsis und handelt dementsprechend. Als Antwort auf bzw. als strategisches Instrument im diplomatischen Konflikt mit der EU instrumentalisiert die AKP-Regierung in Ankara die Flüchtenden und lässt sie seit Sommer 2015 ungehindert über die Ägäis weiterziehen. Die Opfer der weltweiten Konkur-

renz um Geld und Gewalt bekommen darüber eine weitere Funktion. Sie werden zum Druckmittel im bilateralen Machtkampf zwischen EU und Türkei. In der Folge schaffen es immer mehr Flüchtende über die Ägäis lebend in die EU, vor allem zunächst nach Griechenland.

d) Griechenland, Italien, Ungarn etc.

Gemäß der Dublin-Verträge (s. o.) hat Athen eigentlich die Aufgabe, jeden Flüchtling zu registrieren, ein Asylverfahren durchzuführen, ihn_sie abzuschieben oder, sofern er_sie aus humanitären Gründen nicht zurückgeschoben werden kann, ihn_sie als „Geduldete_n“ zu behalten. Allerdings hat die ökonomische Konkurrenz innerhalb des europäischen Binnenmarktes bzw. hat Deutschland als dessen größter Nutznießer viele süd- und osteuropäische Länder ebenfalls weitgehend ökonomisch ruiniert. In der Folge der Euro-Krise und der Brüsseler Sparvorgaben zur Rettung der Gemeinschaftswährung sind einige dieser Staaten nicht mehr fähig oder willens, die Flüchtlinge, die immer massenhafter anlanden, im Sinne der von Deutschland gewünschten Dublin-Regelung zu verwalten. Dies gilt besonders für Griechenland. Nachdem die neu gewählte Syriza-Regierung bereits im Frühsommer 2015 erfolglos versucht hatte, gegen den Willen Deutschlands eine Neuverhandlung der Sparvorgaben zu erreichen, hat sie die Registrierung von Flüchtlingen weitgehend eingestellt und lässt diese ziehen. Damit wird ein Dominoeffekt auf der so entstandenen „Balkanroute“ (Bulgarien, Mazedonien, Serbien, Ungarn ...) in Gang gesetzt: Die betroffenen Staaten handeln dann jeweils ähnlich.

Auch für Italien gilt bereits seit 2012, als nach der Zerstörung des libyschen Staates immer mehr Flüchtende Lampedusa (Italien) erreichten, Vergleichbares. So hat Rom schon im Herbst 2013 nach der allgemeinen Aufregung über die Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa versucht, in Form einer Quotenregelung eine Verteilung der Flüchtlinge in die europäischen Staaten anzuregen bzw. wenigstens finanzielle Unterstützung für seine Rolle bei der Flüchtlingsabwehr zu bekommen. Das wurde ihm verweigert, insbesondere durch die deutsche Regierung. Italien hatte damals aus Protest gegen die EU-Politik Deutschlands einige Flüchtlinge gewissermaßen als lebende Grußbotschaft mit Reisedokumenten und Fahrkarten nach Hamburg ausgestattet ... (Vgl. „Lampedusa in Hamburg“)

An der europäischen Flüchtlingskrise wird insofern deutlich, dass viele der beteiligten Staaten in der supranationalen Verfassung des Bündnisses und dem damit verbundenen Souveränitätsverzicht in Zeiten der Krise und unter den Bedingungen eines von Deutschland erzwungenen Sparprogramms keinen Nutzen mehr für sich erblicken und sich nicht weiter von der deutschen Hegemonialmacht zu einer Politik nötigen lassen wollen,

die ihnen nur noch weitere Belastungen auferlegt. Die Flüchtenden werden darüber also auch noch zum Material eines *innereuropäischen Machtkampfes* und kommen ironischerweise gerade dadurch dem wirtschaftlichen und politischen Zentrum der EU immer näher.

Schlussfolgerung: Die Bundesregierung ist nicht einfach „mit Flüchtenden konfrontiert“, mit deren Zustandekommen sie nichts zu tun hat. Die Flüchtenden sind vielmehr *Produkt* der ökonomischen und politischen Interessen der erfolgreichen Staaten, nicht zuletzt der Bundesrepublik. Und sie werden zum *Mittel* in den zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen.

4.

Deutschland ist dadurch in bisher ungekannter Zahl mit Flüchtenden konfrontiert, die über Ungarn und Österreich die deutschen Grenzen erreichen. Zum allgemeinen Erstaunen ihrer Bürger_innen vollzieht die Bundeskanzlerin in der Folge eine beachtliche Kehrtwende in der Flüchtlingspolitik und nimmt seit Ende August 2015 die ungeliebten Elendsgestalten, die sie bisher an die EU-Außengrenzen verbannen wollte, auf. Weder schließt sie ihre Grenzen zum Schengen-Raum, noch besteht sie kompromisslos auf Einhaltung der Dublin-Verordnung und schon gar nicht setzt sie ihre Macht ein, um die Einwander_innen gewaltsam wieder außer Landes zu schaffen. An die Stelle der Abschottungspolitik setzt sie nun eine humanitäre Aufnahmephase und ruft ihre Bürger_innen gleichsam zu einer „Willkommenskultur“ auf. Auch wenn es die meisten Bundesbürger_innen kaum fassen können, weil sie entweder als nationalistische Patriot_innen im Handeln der Regierung glatten „Volksverrat“ sehen oder als patriotische Humanist_innen von der ungeahnten Güte ihres Vaterlandes gerührt sind – die Regierenden verfolgen realpolitischere Ziele mit ihrer flüchtlingspolitischen Wende und bleiben der Staatsräson der Bundesrepublik dabei ganz treu.

Ihren Ausgangspunkt nimmt die flüchtlingspolitische Wende in der staatlichen Feststellung, dass die Fortsetzung der bisherigen Verfahrensweise mit illegal Eingereisten immer weniger funktioniert. Die Alternative, die Schließung der deutschen Grenzen, wie es Ungarn und andere Staaten zeitweise mit Hinweis auf die Dublin-Verordnung praktizieren und wie es selbsternannte Staatsschützer_innen nicht nur in Heidenau auch für Deutschland massenhaft fordern, kommt für die regierenden Patriot_innen auf keinen Fall in Frage, gilt sogar als „undeutsch“ (Vizekanzler Gabriel). Weil die nationale Grenzschießung nämlich gleichsam ein Ende des „Schengen-Abkommens“ und der europäischen Freizügigkeit im Personen- und Warenverkehr bedeuten würde, ist man in Berlin besorgt, dass der Rückfall in die nationale Grenzsicherung eine der wichtigsten Bedingungen für den bisherigen und künftigen Aufstieg

Deutschlands zur führenden (Welt)wirtschaftsmacht in Europa gefährdet. In diesem Sinne ist die „Flüchtlingskrise“ für Deutschland zugleich eine EU-Krise, die vitale Interessen tangiert. Für Deutschland steht also viel mehr auf dem Spiel als das Überleben der Flüchtenden; nämlich die Bewahrung des schranken- und grenzenlosen EU-Binnenmarktes als Bedingung der weiteren Kapitalakkumulation deutscher Unternehmen und der Vormachtstellung der Bundesrepublik in Europa.

Aus einem ähnlich gelagerten Grund kommt auch die Abschiebung der Flüchtlinge aus Syrien und Irak in ihre Herkunftsländer für die Bundesrepublik nicht in Frage. Denn damit würde Deutschland gegen die Genfer Flüchtlingskonvention verstoßen, der das Land 1951 beigetreten ist. Die Vertragsstaaten gehen darin davon aus, dass Kriege und Bürgerkriege erstens zu ihrer Weltordnung gehören und zweitens, dass dadurch stets Flüchtlinge heimatlos gemacht werden. Ferner gehen sie drittens davon aus, dass weder sie selbst noch dritte Staaten diese Menschen haben wollen, d. h. sie werden als „Last“ der Auseinandersetzungen zwischen den Staaten begriffen. Sie regeln dieses „Faktum“ so, dass sie Flüchtlingen, die ihr Staatsgebiet erreichen, den Schutz ihres Lebens garantieren, sie insbesondere nicht in ihre Heimatländer zurückschicken, sofern dort ihr Leben bedroht ist, sie aber auch nicht in dritte Staaten weiter schieben. Das ist der Kerngehalt des humanitären Flüchtlingsrechts. Die Genfer Konvention regelt also vergleichbar zum staatlichen Umgang mit dem durch die Marktwirtschaft produzierten Elend im Innern (Obdachlose, Drogenabhängige usw.) den weltordnungspolitischen Umgang mit den „unvermeidlichen Opfern“ der Weltgeschäfte und Waffengänge im internationalen Verkehr. Sie ist damit Teil der allgemeinen Völkerrechtsverpflichtungen, die die modernen Staaten miteinander eingehen, um auf dieser Grundlage ihre ökonomischen und politischen Interessen auf der Welt konkurrierend gegeneinander wahrzunehmen. Ein Land wie Deutschland will an dieser Weltordnung, die ihm nützt, teilhaben. Diese Teilhabe wegen der jetzt anfallenden Kosten für Flüchtlinge zu kündigen, ist daher keine Option. Im Gegenteil: Deutschland will, dass die Flüchtlinge, die wegen des dargelegten Zustands der Weltordnung und Deutschlands Rolle darin in immer größerer Zahl anfallen, sozusagen „geordnet“ verwaltet werden und fordert deshalb eine modernisierte Weltelendsverwaltung.

5.

Dazu geht die Bundesregierung mit gutem Beispiel voran, d. h. sie entschließt sich zu einer humanitären Aufnahme der Flüchtlinge unter Inkaufnahme der Kosten hierfür und sie präsentiert ihre neue deutsche „Willkommenskultur“ als alternative und vor allem alternativlos gute Antwort auf

die „Flüchtlingskrise“. Auf dieser Basis will sie die aus ihrer Sicht in Unordnung geratene und damit *für sie* (!) schädliche Praxis der Flüchtlingsfrage und des EU-Bündnisses neu angehen – in Deutschland, innerhalb Europas und mit Blick auf die beteiligten außereuropäischen Staaten weltweit. Innen- wie außenpolitisch versucht sie dabei aus ihrer Not eine Tugend zu machen, mit der sie fordernd auftritt. ‚Stärker aus der Krise herauskommen‘ – der Leitspruch, den sich die Kanzlerin für die Bewältigung der Finanzkrise gesetzt hat, soll auch in diesem Fall zum Zug kommen. Dafür setzt sie einiges in Bewegung.

6.

Außenpolitisch leitet die Bundesregierung Folgen aus ihrem Problem mit den Flüchtenden ab, die ihrer Stellung als europäischer Führungs- und globaler Ordnungsmacht entsprechen. Sie verlangt von anderen Staaten in und außerhalb der EU, dass sie sich an der Lösung des von Deutschland ausgerufenen Problems beteiligen. Und sie gibt sich neue Aufträge im Namen des „Weltflüchtlingsproblems“.

Deutschland will erstens die gesamte EU zu neuer Einigkeit zwingen – zunächst, um die europäische Flüchtlingspolitik wieder in geordnete Bahnen zu bringen. Dazu gehört eine gewisse Selbstkritik in der Frage, dass man die Mittelmeerrainer bisher mit dem Problem „zu sehr allein gelassen“ hat. Jetzt soll eine gemeinsame Aufnahmeregelung gelten – auch gegen das Widerstreben vor allem der östlichen EU-Staaten. Als Wiederbelebung der Dublin-Regelung sollen „Hotspots“ in Griechenland, Italien und Bulgarien eingerichtet werden, die durch die EU finanziert und teilweise auch mit EU-Personal ausgestattet werden. Damit entstehen zentrale Registrierungs- und Aufnahmezentren, von denen aus die Flüchtlinge dann europaweit weiterverteilt werden und mit denen verhindert wird, dass die betreffenden Staaten die „gemeinsamen Beschlüsse“ der deutsch dominierten Union durch eigenmächtige Praktiken an den Außengrenzen unterlaufen.

Zweitens verhandelt Deutschland aber auch eine prinzipielle Frage seines europäischen Projekts. Am Zustandekommen der jetzigen Problemlage war die Renitenz einiger EU-Außenstaaten mitbeteiligt; bei den Versuchen, die Lage mit Quoten neu zu regeln, stellen sich nun insbesondere die osteuropäischen Länder quer. Und auch Frankreichs Regierung macht der deutschen Diplomatie deutlich, dass sie nicht gewillt ist, die deutschen Definitionen des Flüchtlingsproblems zu übernehmen, sondern ihre Prioritäten mit Berufung auf die Attentate von Paris ganz anders setzt, nämlich im Kampf gegen den IS, und dafür Deutschlands Solidarität verlangt. Merkels Vorstellung davon, dass Deutschland Europa inzwischen so weit dominiert, dass seine Vorstellungen wie von selbst auf Zustimmung treffen, weil sich alle europäischen

Partnerländer abhängig wissen vom wirtschaftlich mächtigsten Land, erweisen sich in der Flüchtlingsfrage, bei der es naturgemäß um die Verteilung von Lasten geht, insofern bisher als haltlos. Was bei der Bewältigung der Euro-Krise aus deutscher Sicht funktioniert hat – die anderen Staaten beugen sich der deutschen Austeritäts-Politik, weil sich tatsächlich alle um den Bestand des Euro-Kredits sorgen – wird bei der Flüchtlingsfrage ganz im Gegenteil von den unzufriedenen Staaten in Europa genutzt, um Deutschland buchstäblich Grenzen aufzuzeigen und an den deutschen Anträgen die Frage zu wälzen, ob sich ein souveräner Staat etwas aufzwingen lassen muss, was für ihn nicht nützlich ist.

Drittens sollen Nicht-EU-Länder an den EU-Außengrenzen ihre Funktion, die Flüchtlinge von Europa fernzuhalten, wieder besser erfüllen. Das zielt ganz besonders auf die Türkei, mit der die Bundesrepublik zunächst bilateral und dann in Brüssel als EU deshalb ein neues Abkommen geschlossen hat. Sie erkennt damit diplomatisch die Bedeutung der Erdoğan-Regierung an, erklärt die Türkei trotz ihres neuen Kriegs gegen die Kurd_innen und gegen Syrien zu einem sicheren Herkunftsland, zahlt der Türkei mehrere Milliarden für ihre Flüchtlingslager und führt endlich die schon lange versprochene Visafreiheit ein.

Viertens übt die Bundesregierung auch eine gewisse Selbstkritik bei der internationalen Flüchtlingshilfe, deren Finanzierung man über Jahre fahrlässig vernachlässigt habe. Künftig sollen die Aufnahmeländer im Nahen Osten mehr Geld bekommen, damit sie die unerwünschten Elendsgestalten „heimatnah“ aufbewahren.

Unter der Parole „Fluchtursachen vor Ort bekämpfen“ folgert die deutsche Regierung fünftens, dass mehr außenpolitischer Einsatz Deutschlands in aller Welt nötig sei. Den USA wird (zumindest verklausuliert) vorgehalten, dass ihre Außenpolitik im Nahen Osten für Deutschland mehr Unordnung als Ordnung, und damit vor allem Flüchtlinge produziert. Der deutsche Außenminister will die an den nahöstlichen Kriegen beteiligten Regionalmächte Saudi-Arabien und Iran sowie Kuwait und Katar beeinflussen. Und explizit behält sich Deutschland auch militärische Ordnungseinsätze als Option vor und sieht in der nationalen „Flüchtlingskrise“ die Chance, ihr „friedensverwöhntes“ und tendenziell flüchtlingsfeindliches Volk endlich für weitere Auslandseinsätze der Bundeswehr zu mobilisieren.

Schlussfolgerung: „Hilfe für Flüchtlinge“ ist für Deutschland also ein Auftrag zu mehr deutscher Einflussnahme in der EU wie in der ganzen Welt.

7.

Im Innern mobilisiert die Bundesregierung beträchtliche Mittel zur Registrierung, Verteilung und Unterbringung der Flüchtenden. Mit der Reform des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

soll die Integration der Aufgenommenen produktiv bewältigt werden, was als *nationaler Kraftakt* besonderer Art – vergleichbar der Wiedervereinigung – vorgestellt wird. Merkels „Wir schaffen das“ nimmt die ganze Nation, von der Bürgermeisterin, der Polizei bis hin zu den vielen ehrenamtlichen Helfer_innen dafür in Haftung und betont, dass Deutschland so reich und so gut organisiert sei, dass es diesen Kraftakt mit Bravour meistern werde.

Dabei werden die Neuankömmlinge nicht nur als die finanzpolitische Belastung in den Blick genommen, die sie zunächst einmal sind. Vielmehr betrachtet man die Zuwandernden als Potential für die Volkswirtschaft und ihre globalen Ambitionen. Angesichts des unternehmerischen Bedarfs an motivierten und anspruchlosen Facharbeiter_innen, Pflegekräften oder gar Hochqualifizierten präsentieren Politik, Presse und Arbeitgeberverbände „ihre“ Flüchtlinge bereits als künftigen Zugewinn fürs nationale Wachstum und Chance zur weiteren Unterschichtung des deutschen Arbeitsmarktes. Die zusammengelegte Leitung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge durch den Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, soll das institutionell gewährleisten.

Ergänzend dazu, also gerade nicht im Widerspruch zur Willkommenskultur, verschärft die Bundesregierung ihr gesetzliches Instrumentarium zur Abwehr und Abschreckung unerwünschter Zuwanderung. Mit einem Paket parlamentarisch durchgepeitschter Neuregelungen werden die Asylverfahren künftig beschleunigt, Widerspruchsmöglichkeiten gegen Abschiebungen etc. stark eingeschränkt. Im gleichen Zuge werden Albanien, Kosovo und Montenegro zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Nach Afghanistan soll künftig vermehrt abgeschoben werden. Asylbewerber_innen mit „geringer Bleibeperspektive“ können bis zu sechs Monaten in Erstaufnahmeeinrichtungen festgehalten werden, erhalten ausschließlich Sachleistungen, unterliegen dort einem Arbeitsverbot und strenger Residenzpflicht, d. h. die dürfen sich nur in einem bestimmten Landkreis oder Regierungsbezirk bewegen. Verstöße werden mit drastischen Leistungskürzungen und bei Wiederholung mit sofortiger Ausweisung geahndet. Der Familiennachzug wird stark eingeschränkt. „Geduldete“ müssen mit Leistungskürzungen um 40% unter das bisherige Existenzminimum rechnen. So geht die gewünschte Sortierung von Asylberechtigten und unerwünschten „Armutsflüchtlingsen“ zukünftig schneller, ohne letzteren durch „Fehlansätze“ Hoffnungen auf ein (Über)Leben in Deutschland zu machen.

Schlussfolgerung: Die zeitweise Aufnahme der Flüchtenden, Versuche, einen Teil von ihnen in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren, und die gleichzeitige Verschärfung der Asylverfahren, des Asylbewerberleistungsgesetzes und der Bemühungen, die Außengrenzen wieder effektiv

dicht zu machen, sind also kein Widerspruch, sondern gehören zusammen. Sie bilden ergänzende Bestandteile einer Bereinigung der eingetretenen Mängel und vorwärts denkenden Neuregelung der europäischen Flüchtlingspolitik im Interesse der Bundesrepublik.

8.

Die realpolitisch vollzogene Wende in der deutschen Flüchtlingspolitik bietet auf der ideologischen Ebene den öffentlich-rechtlichen und politischen Meinungsmacher_innen einerseits viel Kollateralnutzen bei der Definition eines modernen, zeitgemäßen Patriotismus und erfordert andererseits aber auch viel „Umdenken“ beim aufgeregten Volk, das sich die neue „Willkommenskultur“ zu eigen machen soll.

Deutschland als *einig Helferland* setzt die Nation nämlich erstens ganz im Unterschied zur jüngsten Vergangenheit in ein schönes Licht. Immerhin beweisen die Verfolgten doch mit ihrem „Germany, Germany“, welcher Beliebtheit sich die eigene Nation in der Welt erfreut; auf der Ebene der politischen Imagepflege ein nicht zu verachtender Nebeneffekt. Die darüber mobilisierten, humanistisch gestimmten Teile des Volkes beklatschen ihre Flüchtlinge auf Bahnhöfen, spenden Lebensmittel und Altkleider und sind von sich als gute Helfer_innen und von ihrem Land begeistert.

Neben einem neuen nationalen „Wir-Gefühl“ nach dem Motto „Deutschland hilft“ (*Bild-Zeitung*) kann die politische Führung so zweitens einen Teil der Kosten ihrer neuen Politik auf das ehrenamtliche Engagement der Zivilgesellschaft abwälzen.

Angesichts der neuen deutschen Welle von Hilfsbereitschaft und Weltoffenheit der globalisierten Nation kann die Regierung drittens die Zustimmung ihres Volkes für all jene (oben beschriebenen) Maßnahmen beanspruchen, die der Einschränkung des Asylrechts im Innern und der Zurechtweisung anderer Staaten als Flüchtlingslager dienen.

Ein weiterer Kollateralnutzen liegt viertens darin, dass angesichts des von der Presse nun ins Bild gerückten Elends der Flüchtenden die Armut in Deutschland als vergleichsweise luxuriös und Protest dagegen als unanständig erscheinen soll. Hartz IV gilt schließlich als Paradiesvorstellung von Hunderttausenden, die dafür härteste Opfer in Kauf nehmen – wer will sich also hierzulande noch dagegen wehren?

Vor allem anderen aber wendet sich die offizielle deutsche Willkommenskultur gegen die verbreitete Ausländer- bzw. genauer Flüchtlingsfeindlichkeit in den Reihen des eigenen Volkes. Mit Ausnahme einiger unverbesserlicher Rechtsextremer „akzeptieren“ diese Deutschen zwar inzwischen durch viel Umerziehungsarbeit und einigen Druck weitgehend, dass die Zuwanderung von Ausländer_innen im Prinzip unverzichtbar für den Standort Deutschland bzw. für dessen Wirtschaft ist,

weil diese nun mal Saisonarbeiter_in, billige und willige Fachkräfte, Hochqualifizierte etc. braucht. Die erzwungene Toleranz gegenüber Menschen, die zwar keine Volksgenosse_innen aber immerhin so genannte „Auch-Menschen“ sind, weil sie der Volkswirtschaft dienen, will aber bei Geflüchteten nicht greifen, weil deren Zuwanderung ja gerade nicht wirtschaftspolitisch eindeutig nützlich ist. Die überlebenden Opfer des Kampfes um Weltmarkt und Weltmacht bilden als Flüchtlinge vielmehr die ärmste und ohnmächtigste Untergruppe der Ausländer_innen, mit denen weder Staat noch Kapital so recht etwas anzufangen wissen. Der prinzipielle Grundsatzvorbehalt gegenüber Ausländer_innen konzentriert sich daher in einem „toleranten Zuwanderungsland“, das von der Europäisierung und Globalisierung profitiert und deshalb den „dampfen Rassismus“ gegen nützliche Zuwandernde verurteilt, zunehmend auf Flüchtlinge.

Das liegt daran, dass dieses Volk unerschütterlich von dem Dogma überzeugt ist, dass die Vermehrung von Geld durch die Ausbeutung von Lohnarbeit nicht der endgültige Zweck der kapitalistischen Konkurrenz, sondern diese ein zumindest „eigentlich“ sinnreicher Mechanismus zur bestmöglichen wirtschaftlichen Versorgung letztlich aller Mitglieder der Volks-Wirtschaft, also auch ihrer persönlichen Interessen, sei. Die gegenteilige Erfahrung in der Wirklichkeit, d. h. die materiell unbefriedigenden Resultate für die Mehrheit (Zeitnot, Überbeanspruchung, gesundheitsbelastende Produkte, Niedriglöhne, steigende Mieten, Firmenpleiten, Arbeitslosigkeit, Armut, Krisen usw.) werden gerade nicht als unvermeidliche Konsequenzen des Kapitalismus begriffen, sondern als vermeidbare Fehlleistungen der Akteure gedeutet, die auf gemeinwohl-schädliches, d. h. letztlich volksfeindliches Verhalten zurückzuführen seien. Statt einer ökonomischen Ursachenanalyse geht es für die Idealisten_innen der Marktwirtschaft also permanent um die Suche nach Schuldigen. Und wer sucht, der findet: Im eigenen Volk identifiziert man Bankster, Pleite-Manager_innen, Betrüger_innen und arbeitsscheue Hartz-IV-Empfänger, die den die ehrliche_n Volksgenosse_in um seinen wohlverdienten Lohn bringen.

Hinzu kommt zweitens das nicht weniger feste Dogma, dass dieses Volk aller Unterschiede und Gegensätze zum Trotz seine tiefere nationale Einheit in einer gemeinsamen Kultur, in geteilten Werten, Sitten etc. habe, welche die Zugehörigkeit zum geeinten Nationalstaat begründeten. Letzterem wird die Aufgabe zugeschrieben, die im Prinzip harmonische Volksgemeinschaft zu beschützen und ihr Wohl zu mehren. Die gegenteilige Erfahrung in der Wirklichkeit, d. h. die Ungleichung von staatlich definiertem Allgemeinwohl einerseits und dem Wohl der lohnabhängigen Mehrheit andererseits führt zur permanenten Verurteilung der Volksvertreter_innen als Volksverräter_innen. Und sie führt andererseits zum Gene-

ralverdacht gegenüber allen, die nicht zum Volk gehören – dem Ausland und den Ausländer_innen.

Sofern die Flüchtenden weder zur Volksgemeinschaft gehören und noch nicht einmal der Volkswirtschaft dienen, weil sie nichts verdienen (dürfen), erfüllen sie alle Bedingungen, um zur Zielscheibe des „gesunden Volksempfindens“ und seines „Volkszorns“ zu werden. Dies ist nicht nur, aber besonders in Ostdeutschland der Fall, wo der verbreitete Glaube an die beglückende Wirkung einer erweiterten Bundesrepublik, ihrer kapitalistischen Wirtschaftsordnung und ihrer Währung (immerhin die Verheißungen der Wiedervereinigung) seit 25 Jahren aufs Härteste mit den ganz anders gearteten Erfahrungen im real-existierenden Kapitalismus kollidiert ...

Im Kampf gegen die renitenten Nationalist_innen im eigenen Volk, die sich dem neuen Patriotismus in Zeiten von „Flüchtlingskrise“ und „Willkommenskultur“ mit ihrem „Nein zum Heim“ widersetzen, greifen die Offiziellen der Bundesrepublik zu den üblichen Vereinnahmungs- und Ausgrenzungsstrategien oder schreiten gleich wie Vizekanzler Gabriel zu ihrer Diffamierung als „Pack“ und der Verurteilung ihrer Gesinnung als „undeutsch“. Statt einer Kritik der volkswirtschaftlichen und nationalstaatlichen Dogmen beanspruchen große und kleine Volkserzieher_innen die Definitionshoheit über deren zeitgemäße Auslegung. Kein Wunder also, dass sich die regierenden Patriot_innen im Kampf gegen den unerwünschten Nationalismus in Teilen ihres Volkes so schwer tun!

Autor

Arian Schiffer-Nasserie ist Professor für Sozial- und Migrationspolitik sowie Rassismusforschung an der Evangelischen Fachhochschule in Bochum. Kontakt: schiffer-nasserie@efh-bochum.de

Rechte und rassistisch motivierte Gewalt in NRW – ein Angriff auf uns alle!

Birgit Rheims

Rund jeden zweiten Tag werden Menschen in NRW von Neonazis, aus rassistischen und antisemitischen Gründen oder anderen Formen vorurteilsmotivierter Gewalt angegriffen und verletzt. Dies geht aus Zählungen der Polizei und öffentlichen Statistiken des Landeskriminalamtes zur sog. Politisch motivierten Kriminalität – Rechts (PMK-Rechts) hervor. Im bundesweiten Vergleich aller Länder nimmt NRW in der offiziellen Statistik seit Jahren einen Spitzenplatz ein: Mit 370 Gewalttaten lag NRW auch 2014 auf Platz 1 dieser Statistik (Verfassungsschutzbericht des Bundes 2015, NRW Verfassungsschutzbericht 2015). Be-

sonders viele Delikte wurden 2014 bei dem Aufmarsch der sog. „Hooligans gegen Salafisten“ im Oktober in Köln registriert, bei dem es zu schweren Ausschreitungen von Neonazis und rechten Hooligans kam: Augenzeug_innen berichteten von regelrechten Straßenschlachten mit der Polizei und Jagdszenen im Hauptbahnhof, bei denen nicht nur Polizist_innen, sondern auch Passant_innen und Journalist_innen angegriffen wurden. Sog. „fremdenfeindlich“ motivierte Straf- und Gewalttaten steigen nach Angaben der Sicherheitsbehörden seit 2010 in NRW Jahr für Jahr an. Sie erreichten 2014 mit 890 Straftaten und 123 Gewalttaten (vor allem Körperverletzungsdelikte) einen neuen Höchststand (Landtag NRW, Drucksache 16/7997). Eine ähnliche Tendenz ist bei antisemitisch motivierten Straf- und Gewalttaten festzustellen (Landtag NRW, Drucksache 16/7996).

2015: Rechte Gewalt auf alarmierend hohem Niveau

Im Jahr 2015 hat sich der besorgniserregende Trend in NRW nach vorläufigen Zahlen fortgesetzt. Allein in den ersten vier Monaten wurden mindestens 100 Menschen körperlich angegriffen und zum Teil schwer verletzt (Landtag NRW, Drucksache 16/10350, 16/9849, 16/10364, 16/10362). Viele dieser Angriffe wurden bei und im Umfeld der rechten Aufmärsche von Pegida, Dügida, Hogesa und Co verübt und richteten sich gegen (vermeintliche) politische Gegner_innen, Menschen, die sich „gegen Rechts“ engagieren, Journalist_innen und Polizist_innen. Aber auch abseits dieser Aufmärsche zeigte sich die zunehmende Militanz: In Wuppertal wurde ein Mensch von rechten Hools mit zahlreichen Messerstichen lebensgefährlich verletzt. Zu den Betroffenen zählen überdies Geflüchtete, Schwarze Deutsche, People of Colour und Menschen mit Migrationsgeschichte, die teilweise seit Jahrzehnten ihren Lebensmittelpunkt in NRW haben. Angegriffen wurden diese manchmal – so z. B. bei dem brutalen Überfall auf drei Asylsuchende in Wassenberg – von Täter_innen mit deutlichen Verbindungen zur rechten Szene. Bei anderen dieser rassistisch motivierten Angriffe handelt es aber um Täter_innen, die eher der sog. „Mitte der Gesellschaft“ zugeordnet werden.

Fingierte Todesanzeigen, massive Drohungen und versuchter Mord

Die Opferberatungsstellen in NRW haben bereits im März 2015 auf die zunehmenden, oft subtilen Bedrohungen durch die rechte Szene aufmerksam gemacht, weil immer mehr Betroffene von mehr oder weniger eindeutigen Drohungen via Facebook oder Drohbriefen an ihre Wohnadresse berichteten und dadurch erheblich verunsichert sind bzw. Angst haben (PM v. 19.3.2015). Ein eklatantes Beispiel nicht mehr nur subtiler Bedrohung waren in Umlauf gebrachte fingierte Todes-

anzeigen von kritisch über Rechtsextremismus berichtenden Journalisten in Dortmund – einer der bedrohten Journalisten wurde nachfolgend auch tödlich angegriffen. Immer häufiger werden auch Berichte über Bedrohungen für Menschen und Initiativen, die sich für Flüchtlinge engagieren. Diese reichen von bedrohlichen Machtdemonstrationen vor Ort über Gewaltandrohungen via Facebook bis hin zu Bombendrohungen für einzelne Einrichtungen: So gab es im November 2015 eine Bombendrohung an die Adresse eines Vereins in Mönchengladbach, der u. a. Flüchtlinge als Bedürftige unterstützt, sowie für eine Flüchtlingsunterkunft in Lohmar. Zum Glück fanden die alarmierten Sprengstoffexperten in beiden Fällen keine Bombe und konnten nach mehreren Stunden Entwarnung geben.

Zunehmend betroffen sind auch Politiker_innen, die sich für Flüchtlinge engagieren bzw. mit ihrer Unterbringung vor Ort befasst sind: So wurden Politiker_innen in Duisburg, Euskirchen, Bad Münstereifel und Gangelt bedroht, ein Politiker in Essen bei einer Veranstaltung tödlich angegriffen und in Meerbusch ein Kommunalpolitiker anonym via Brief mit dem Tod bedroht. Das Attentat auf die kandidierende Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker im Oktober markiert eine Eskalation dieser nahezu alltäglichen rechten Gewalt in NRW: Ein 44-Jähriger, der in der Vergangenheit in der rechten Szene aktiv war, hatte die Politikerin gezielt mit einem Messer angegriffen. Nach Angaben des Attentäters lag das Motiv in einer aus seiner Sicht verfehlten Flüchtlingspolitik, für die er die damalige Sozialdezernentin verantwortlich machte. Vier weitere Kölner Politiker_innen wurden bei dem Mordanschlag verletzt.

Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte haben 2015 stark zugenommen: Von Januar bis September registrierte die Polizei laut Angaben des BKA 121 Anschläge in NRW – so viele wie in keinem anderen Bundesland. Darunter befanden sich vor allem Sachbeschädigungen, Propagandastraftaten und Volksverhetzungsdelikte, aber auch 14 Gewaltdelikte und sechs Brandanschläge (Der Spiegel u. WDR v. 22.10.15). Im Oktober und November wurden überdies Brandanschläge in Altena, Xanten, Vadrup, Essen und Castrop-Rauxel bekannt. In Bielefeld wurden Böller vor einer Unterkunft gezündet und in Vlotho wurde aus einem Auto mit einer Schreckschusspistole geschossen (ZEIT ONLINE v. 3.12.15, mut-gegen-rechte-gewalt.de). Viele dieser Angriffe richteten sich gegen geplante Unterkünfte, Personen wurden dabei nach bisherigen Erkenntnissen zum Glück nicht verletzt. Welche Angriffe aufgrund welcher Kategorien unter dem Begriff „gegen Asylunterkünfte“ in die offizielle Zählung einfließen, ist nicht im Detail bekannt. Für Irritationen sorgte diesbezüglich zum Beispiel eine Pressemitteilung der Polizei und

Staatsanwaltschaft Hagen nach der Festnahme von zwei Männern, die im Oktober 2015 einen Brand in einer Flüchtlingsunterkunft in Altena gelegt haben sollen: Das Tatmotiv sei „in der Verärgerung über den Einzug von Flüchtlingen in das Wohnobjekt in direkter Nachbarschaft zu suchen“ (PM v. 9.10.2015). Dass die Tat „fremdenfeindlich“ oder politisch motiviert war, wurde mit keinem Satz erwähnt. Auch in einer Pressemitteilung der Polizei Bielefeld zu einem Angriff auf zwei Flüchtlingsunterkünfte in Verl im November 2015 wurde die politische Dimension völlig ausgeklammert. Dort war zu lesen, dass die Taten „offensichtlich dem Zweck des Frustabbaus aufgrund privater Probleme gedient haben“ (PM v. 15.11.2015).

Das Problem heißt Rassismus

Haben Übergriffe auf Flüchtlinge in NRW im Zuge der rechten Hetze und Aufmärsche sowie der Aufnahme vieler Flüchtlinge im Jahr 2015 zugenommen? Dies ist zu vermuten. Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte sind deutlich gestiegen, aber belastbare Zahlen zu Angriffen auf Geflüchtete gibt es nicht, weil diese – wie im übrigen auch islamfeindliche oder antiziganistische Gewalttaten – bislang nicht als solche von den Sicherheitsbehörden erfasst und veröffentlicht werden. Für die Ächtung der Tatmotive dürfte dieser Aspekt aber kaum relevant sein: Menschen werden in der Regel nicht angegriffen, weil sie einen besonderen Aufenthaltsstatus haben (wie nicht-deutsche Staatsangehörige oder Geflüchtete), sondern weil sie aus dem imaginierten „deutschen Volk“ ausgeschlossen und aus rassistischen Gründen angegriffen werden. Rechte Propaganda und Aufmärsche gegen Flüchtlinge und den Islam bedrohen deshalb alle Menschen mit (vermeintlicher) Migrationsgeschichte und es ist zu befürchten, dass sich das Klima der Angst aufgrund der rassistischen Gewalt weiter verschärft. Unmissverständlich und deutlich sind in jedem Fall rechter Gewalt die Taten durch Politik und Gesellschaft zu ächten: Als Angriff auf uns alle und unsere demokratische Kultur! Und diesen Worten müssen auch Taten folgen. Mit Blick auf rechte Gewalt gegen Geflüchtete heißt das zum Beispiel, dass Betroffene ein Bleiberecht erhalten müssen – und zwar nicht nur, damit Freisprüche von Täter_innen aufgrund fehlender Zeugenaussagen verhindert werden und Betroffene ihr Recht auf Heilbehandlung und Entschädigung in Anspruch nehmen können: „Es ist vor allem ein politisches Signal an die Täter_innen, dass ihre politischen Ziele nicht nur geächtet werden, sondern auch nicht durch Abschiebungen durchsetzbar sind“ – so der Verband der Beratungsstellen der Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) in einer Pressemitteilung am 6.11.2015 in Köln.

Autorin

Birgit Rheims ist Politikwissenschaftlerin und leitet seit 2012 die Opferberatung Rheinland (OBR), die bei IDA-NRW in Düsseldorf angesiedelt ist.

Die Alternative für Deutschland (AfD): Ein rechtspopulistischer Profiteur der aktuellen Flüchtlingsdebatte¹

Alexander Häusler

Nach dem Führungswechsel an ihrer Parteispitze positioniert sich die AfD immer deutlicher als „Anti-Flüchtlings-Partei“ mit zunehmend völkisch-nationalistischem Vokabular. Entstanden als Anti-Euro-Partei erweiterte die AfD ihr politisches Agenda-Setting auf das Einwanderungsthema und vollzog in Teilen eine Anlehnung an die PEGIDA-Proteste.² Hinsichtlich ihrer öffentlichen Inszenierung, ihrer Themensetzungen und ihres politischen Jargons weist die neue Partei, wie in diesem Beitrag veranschaulicht werden soll, deutlich rechtspopulistische Merkmale auf. Sollte die AfD nicht aufgrund von internen Querelen an sich selbst scheitern, könnte sie das Sarrazin-affine Einstellungspotenzial parteipolitisch bündeln und damit eine Rechtsverschiebung in der deutschen Parteienlandschaft erwirken.

Türöffner für den rechten Rand

Mit der AfD hat sich eine scheinbar seriöse Wahlalternative rechts der Union für Wählermilieus eröffnet, für die offen rechtsextreme Parteien wie die NPD keine Wahloption darstellen. Entgegen der allgemeinen Wahrnehmung ist die AfD keine bloße „Professoren“- und Anti-Euro-Partei: Aus Sicht ihrer Wählerschaft kann sie genauso als Anti-Zuwanderungs-Partei angesehen werden. So erklärten laut Wahlanalysen von Infratest Dimap zur Europawahl 2014 40 Prozent der AfD-Wähler_innen, der wichtigste Punkt für ihre Wahlentscheidung sei das Zuwanderungsthema gewesen.³ In der Politikwissenschaft werden der AfD in weiten Teilen rechtspopulistische Merkmale zugeordnet.⁴ Trotz der Dominanz des Eurothemas war die AfD von Beginn an nicht lediglich eine

Ein-Themen-Partei, sondern bediente unter ihrem Slogan „Mut zur Wahrheit“ zugleich eine ‚Nationalisierung des Politischen‘ in innen- wie in außenpolitischen Belangen.

Im ostdeutschen AfD-Wahlkampf 2015 dominierten deutlich Stellungnahmen zur Grenzabschottung, Einwanderung sowie neurechte Kampf-Slogans gegen die vermeintliche „Political Correctness“ sowie Kulturkampf-Parolen zum Erhalt der abendländischen Kultur. In vielerlei Hinsicht weisen die Wahlkampfthemen der AfD Übereinstimmungen mit den Themensetzungen des europäischen Rechtspopulismus auf: Die EU, die Einwanderung, die Muslime, die angeblich vorherrschende linke ‚politische Korrektheit‘ und die Pluralisierung sexueller und kultureller Lebensformen. In vielen europäischen Ländern dienen diese Themen zur Mobilisierung von Kampagnen und stellen einen breitenwirksamen Anknüpfungspunkt für nationalistische und rassistische Politikansätze dar. Doch in Deutschland ist es Parteien vom rechten Rand bislang nicht gelungen, diese Themen in vergleichbare Wahlerfolge umzumünzen. Trotz hoher Zustimmungsraten in Umfragen zu nationalistischen, rassistischen und autoritaristischen Einstellungen scheuen sich breitere Bevölkerungskreise, einer Partei vom rechten Rand ihre Stimme zu geben. Aufgrund der NS-Geschichte besteht in diesen rechtsaffinen Milieus der bürgerlichen Mittelschichten eine weit verbreitete Scheu davor, offen mit Rechtsextremismus in Verbindung gebracht zu werden. Realpolitisch wirkt die Partei zugleich als Türöffner für den rechten Rand: So stimmten etwa AfD-Abgeordnete im Kreistag von Vorpommern-Greifswald für einen Antrag der NPD zum Umgang mit Asylbewerber_innen.⁵ Bis zu diesem Zeitpunkt war es dort wie auch im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern Praxis, Vorstöße der rechtsextremen Partei geschlossen abzulehnen. Für diese Art des Umgangs mit NPD-Anträgen hat sich daher die Bezeichnung „Schweriner Weg“ eingebürgert. In der Kreistagssitzung habe AfD-Mitglied Gunter Jess einen Antrag der NPD gegen Kirchenasyl sogar in einer Rede inhaltlich unterstützt und verteidigt, meldete die *Ostsee-Zeitung*. Auch bei nahezu allen anderen Abstimmungen hätten die AfD-Mitglieder mit der NPD votiert. Ein AfD-Vertreter rechtfertigte das Verhalten seiner Fraktion: „Uns geht es ausschließlich um die Inhalte und nicht um die Parteien. Deshalb entscheiden wir uns frei und unabhängig für das, was wir für richtig halten.“⁶

¹ Der Text stellt eine aktualisierte Zusammenfassung des folgenden Beitrags dar: Alexander Häusler: Zerfall oder Etablierung? Die Alternative für Deutschland (AfD) als Partei des Rechtspopulismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 9/2015, 741-758.

² Vgl. Felix Korsch: „Natürliche Verbündete“? Die Pegida-Debatte in der AfD zwischen Anziehung und Ablehnung, in: Alexander Häusler (Hg.): Die „Alternative für Deutschland“ – Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden 2015 (i. E.).

³ Infratest dimap, Wahlanalyse zur Europawahl 2014, <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/wahl-report-europa/2014/> (02.03.2015)

⁴ Vgl. Karl-Rudolf Korte: Alternative für Deutschland (AfD). Parteiprofil, <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/europawahl-2014/180972/afd> (10.06.2015)

⁵ Blick nach rechts: Schweriner Weg ohne AfD (24.9.2014), <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/schweriner-weg-ohne-afd> (29.11.2014)

⁶ Junge Freiheit: AfD-Landeschef verteidigt Zustimmung zu NPD-Antrag, (25.9.2014), <http://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2014/afd-landeschef-verteidigt-zustimmung-zu-npd-antrag/> (4.12.2014)

Neben Angehörigen des wirtschaftlichen Establishments bot die Partei schon seit ihrer Gründung auch politisch heimatlos gewordenen Nationalkonservativen sowie neurechten Kräften und früheren Aktivist_innen rechtspopulistischer Kleinstparteien ein neues parteipolitisches Dach. Zur politischen Strömung der Neuen Rechten bestehen enge Verbindungen über die neurechte Wochenzeitung *Junge Freiheit* (JF), welche die AfD von Beginn an publizistisch unterstützt und sich mittlerweile zu einer Art informeller Parteizeitung entwickelt hat.⁷ Ein zentrales Bestreben der Redaktion ist der Aufbau einer neuen politischen Kraft rechts des derzeit existierenden demokratischen Parteienspektrums. In der AfD sieht die JF einen möglichen Hoffnungsträger für ihr lang gehegtes Ansinnen. Die Junge Freiheit verfolgt damit offensichtlich den Zweck, die AfD zum politischen Zugpferd für ihre Forderung nach einer Re-Nationalisierung des Politischen zu machen. Chefredakteur Dieter Stein sah im April 2013 in der AfD das Mittel, „die sonst übliche Schweigespirale zu durchbrechen“. Er schrieb ihr das Potenzial zu, „das vorhandene Parteiensystem zu öffnen und die Marktgesetze auch in der Politik wieder zum Wirken zu bringen, wo sich die Bürger in entscheidenden Fragen wie in der DDR nur noch einer Nationalen Front von CDUCSUFDPSPDGrüne gegenübersehen“.⁸

Obwohl die AfD sich als besondere Partei mit völlig neuen Inhalten inszeniert, stellt sie real ein Konglomerat aus ehemaligen Parteigänger_innen der CDU, CSU, FDP sowie ehemaligen Mitwirkenden aus Rechtsaußenparteien wie dem *Bund freier Bürger* (BFB), der Partei *Die Freiheit* (DF), den *Republikanern* und der *Schill-Partei* dar.⁹ Der BFB stellt in diesem Kontext sogar gewissermaßen eine Vorläuferpartei der AfD dar, da er die erste rechte Anti-Euro-Partei in Deutschland war. Diese Partei wurde im Jahr 1994 auf Initiative des früheren bayerischen FDP-Vorsitzenden Manfred Brunner gegründet. Brunner war 1992 aufgrund seiner ablehnenden Haltung zum Vertrag von Maastricht von seiner Stellung als EG-Beamter entbunden worden.¹⁰ Laut Brunner wurde die Partei als „Bürgerbewegung für ein Europa der Nationen“ gegründet.¹¹ Mit seinen Kampagnen gegen die Währungsunion war der BFB die erste Partei

in Deutschland, die sich der Euro-Thematik zentral angenommen hat. Zugleich trat der BFB in seinem Grundsatzprogramm von 1995 für Leistungsorientierung, nationale Identität und Heimatbewusstsein sowie gegen Korruption, Verschwendung und Parteienfilz ein und skizzierte seine politische Ausrichtung als „freiheitlich, marktwirtschaftlich, konservativ und national“.¹² Die Zusatzbezeichnung *Die Freiheitlichen* wurde in Anlehnung an die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) gewählt. In der Folgezeit ihres parteipolitischen Werdegangs radikalisierte sich der BFB bis hin zum rechtsextremen Rand. Im Verfassungsschutzbericht 1999 wurden dem BFB „tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer rechtsextremistischen Bestrebung“ bescheinigt.¹³ Im Jahr 2000 stellte der BFB endgültig seine parteipolitischen Tätigkeiten ein. Die heutige AfD übernahm vom BFB nicht nur die Bezeichnung „Professoren-Partei“¹⁴, sondern zugleich den Slogan „Mut zur Wahrheit“. Mit dieser Parole machte bereits der BFB Wahlkampf.

Die Chiffre „Mut zur Wahrheit“

Der Populismus der Partei kommt in einer Anti-Establishment-Attitüde zum Ausdruck, wobei die AfD sich bewusst als politischer Außenseiter inszeniert, der angeblich völlig anders sei als die „Altparteien“. Zugleich stellt sich die Partei als antipolitisch inszenierende Kraft von Leuten mit „Sachverstand“ dar, die sich gegen die „Kaste“ von „Berufspolitikern“ wendet, die allesamt nur ihre eigenen Interessen verfolgen würden. Sinnbild für diese populistische Attitüde ist die Identifikationsparole der AfD „Mut zur Wahrheit“. In welcher Form diese Parole als Metapher zur Artikulation politischer Selbstinszenierung wie zugleich Feindbildsetzung dienlich ist, zeigt ein Blick auf die Homepage der AfD. Dort heißt es zur Erläuterung dieser Parole:

„Mut zur Wahrheit... das war der Wahlslogan der AfD zur Bundestagswahl 2013. Und Mut zur Wahrheit ist nötiger denn je, denn wir haben es zu tun mit: 1. einer Politikerkaste, die dem Volk systematisch wesentliche Probleme unserer Zeit verschweigt 2. Medien, die sich den Politikern soweit angenähert haben, dass ihnen jede kritische Distanz abhandengekommen ist sowie 3. den Wächtern der „Political Correctness“, die mittels Tabuisierung ganzer Themenfelder Denkverbote mitten in unseren Gehirnen einrichten möchten.“¹⁵

⁷ Vgl. Helmut Kellershohn (Hg.): *Die Deutsche Stimme der Jungen Freiheit*. Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten, Münster 2013.

⁸ Dieter Stein: *Alternative für Deutschland. Bürger auf den Barrikaden*, in: *Junge Freiheit* v. 13. April 2013.

⁹ Vgl. hierzu das Kapitel „Rechte Vorläuferparteien der AfD“, in: Alexander Häusler/Rainer Roeser: *Die rechten Mut-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der Alternative für Deutschland*, Hamburg 2015, 28-41.

¹⁰ Vgl. Hartmut Grewe: *Der „Bund freier Bürger“*, Sankt Augustin 1994.

¹¹ Manfred Brunner: in: *Junge Freiheit* Nr. 11/1993; hier zit. nach: Herbert Schui/Ralf Ptak/Stephanie Blankenberg/Günther Bachmann/Dirk Kotzur: *Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte*, München 1997, 176.

¹² BFB Grundsatzprogramm „Freiheit braucht Mut“, München 1995, 2.

¹³ Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 1999 (2000), Paderborn, 92.

¹⁴ Herbert Schui/Ralf Ptak/Stephanie Blankenberg/Günther Bachmann/Dirk Kotzur: *Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte*, München 1997, 173.

¹⁵ <http://www.alternativefuer.de/programm-hintergrund/mut-zur-wahrheit/> (12.11.2014)

Auf Wahlplakaten der AfD diene die „Mut“-Parole dazu, ausgrenzende und wohlstandschauvinistische Slogans als Ausdruck von angeblich unterdrückten „Wahrheiten“ zu inszenieren: So fanden sich Slogans wie „Einwanderung ja – aber nicht in unsere Sozialsysteme“, „Wir sind nicht das Weltsozialamt“ sowie „Wer einwandert, darf uns nicht hassen!“ Demnach steht der gepriesene „Mut zur Wahrheit“ zugleich als Chiffre zur Mobilisierung politischer Unzufriedenheit und von Ressentiments gegenüber politischen Entwicklungs- und Veränderungsprozessen, die inhaltlich deutlich anschlussfähig sind an jene Verlautbarungen, welche die Bild-Zeitung ihrer Leserschaft im Kontext der Sarrazin-Debatte aus dessen Werk „Deutschland schafft sich ab“ in populistische Formeln übersetzt hatte. Eine politische Selbstverortung in der Mitte der Gesellschaft und die Anpreisung gesellschaftlicher Tugenden wie Ordnungssinn, Gesetzestreue und nationales Pflichtbewusstsein paaren sich dort mit Wohlstandschauvinismus und fremdenfeindlichen Ressentiments. Damit reiht sich die AfD ein in das rechte Parteienspektrum, das trotz politischer Unterschiede ein gemeinsames Bestreben zur Nationalisierung des Politischen sowie offen einwanderungsfeindliche Positionierungen aufweist.

Im Kontext der Wirtschaftskrise reicherten rechts-populistische Parteien in Europa ihre politische Agenda mit nationalistischem Sozialpopulismus an: „Unser Geld für unsre Leut“ – dieser von der FPÖ kreierte Slogan kann als stilprägend für den rechten Wohlstandschauvinismus gelten. „Keine fremden Schulden auf Deutschlands Bürger abwälzen“¹⁶, so klang es im Bundestagswahlkampf 2013 auf Plakaten der AfD.

Von „Antifanten“ und der „letzten evolutionären Chance“: Das rechte Vokabular der AfD

Der rechte Populismus der AfD offenbart sich auch im Vokabular und den politischen Thesen führender Parteivertreter_innen. Die Kampfansage an eine vermeintlich vorherrschende linke Meinungsvorherrschaft, die mittels des angeblichen Diktats einer ‚politischen Korrektheit‘ verordnet werde, gehört zum Wesensmerkmal rechtspopulistischer Agitation. Hierzulande bediente der Buchautor Thilo Sarrazin mit seinen populistischen Thesen nicht bloß muslimfeindliche und sozialbiologistische Zuschreibungen,¹⁷ sondern auch eine Euro- und EU-skeptische Haltung.¹⁸ Er

artikulierte außerdem eine Kampfansage an einen angeblich von links vorherrschenden „Tugendterror“. In seinem gleichlautenden Buch verortet der Autor die angeblich vorherrschende Einschränkung von (angeblich auch seiner eigenen) Meinungsfreiheit in einem hermetischen „Code des Guten, Wahren und Korrekten, der große Teile der Medienklasse dominiert“. Jene „Political Correctness“ sei zu einem „transnationalen Phänomen des Abendlandes geworden“, welches „zumindest in Europa von der linken Ecke des politischen Meinungsspektrums geprägt ist“.¹⁹

Sarrazin nimmt schon im ersten Abschnitt seines ersten Kapitels argumentativ Bezug auf einen Beitrag des AfD-Gründungsmitglieds Alexander Gauland in der Berliner Tageszeitung *Tagesspiegel*: „Alexander Gauland beklagt zwar ganz zu Recht, in Deutschland habe ‚sich ein Hang zur Intoleranz breitgemacht‘ mit der Tendenz, ‚die vom Mainstream abweichende Position ins moralische Aus zu drängen‘. Dies geht aber nur dort, wo sich jemand aus Mangel an Mut und Entschlossenheit auch drängen lässt.“²⁰

Ähnlich äußerte sich die AfD-Sprecherin Frauke Petry, die in einem Interview erklärte, „dass ‚political correctness‘ zum Unwort des Jahrzehnts gekürt werden müsste!“²¹ Das zivilgesellschaftliche Engagement gegen rechts wird hingegen seitens der AfD skeptisch betrachtet und erfährt teilweise Anfeindungen, die eine nähere Betrachtung verdienen. Aus den Reihen der AfD ist hierbei von der „Sprachpolizei“ oder der „politischen Korrektheit“ die Rede. Ein Blick in einen Kommentar vom damaligen AfD-Parteisprecher Konrad Adam in der neurechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* offenbart diese Anfeindungen. Adam spricht sich darin gegen die „politisch korrekt verlogene Sprache, wie sie in Deutschland in Mode gekommen ist“, aus. Hintergrund dieser Zuschreibung ist die mediale Thematisierung der Aussagen von Bernd Lucke über die „Entartungen“ der Demokratie. Adam sieht in diesem Zusammenhang „moderne Pharisäer“ in Form einer „allgegenwärtige(n) Antifa“ am Werk, die sich durch die Kritik an rechten Tendenzen „Macht“ verleihen würde. Adam im O-Ton hierzu: „Die Antifa lebt vom Dritten Reich wie die Fliege vom Kot; ohne diese Nahrung müssten

¹⁶ Plakatmotive einsehbar unter: <http://eurokritiker.com/2013/07/23/ein-alternatives-plakat/> (02.02.2014)

¹⁷ Vgl. Klaus Ahlheim: Sarrazin und der Extremismus der Mitte. Empirische Analysen und pädagogische Reflexionen, Hannover 2011

¹⁸ So etwa durch sein Werk „Europa braucht den Euro nicht“. Zudem stellt Sarrazin die Haltung der SPD, der Grünen und der Linken zum Euro in einen bedenklichen Zusammenhang: Die Zeitung Focus zitiert ihn bei seiner Buchpräsentation mit der Vorstellung der These, jene Parteien würden den Euro aus jenem Reflex heraus unterstützen, „wonach die Buße für Holo-

caust und Weltkrieg erst endgültig getan ist, wenn wir alle unsere Belange, auch unser Geld, in europäische Hände gelegt haben“. http://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/europa-braucht-den-euro-nicht-thilo-sarrazin-sieht-eurobonds-als-busse-fuer-holocaust-und-weltkrieg_aid_755135.html (05.07.2013)

¹⁹ Thilo Sarrazin: Der neue Tugendterror, München 2014, 35.

²⁰ Ebd., 21.

²¹ Frauke Petry: „Political correctness sollte Unwort des Jahrzehnts werden“. Frauke Petry will mit der Alternative für Deutschland dem Euro Tschüss sagen, unter: <http://www.junge-politiker.de/2013/04/18/political-correctness-sollte-unwort-des-jahrzehnts-werden-frauke-petry-will-mit-der-alternative-fuer-deutschland-dem-euro-tschuess-sagen/> (10.03.2014)

ihre Mitglieder verhungern.“²² Im Hinblick auf antifaschistische Proteste findet bei der AfD-Führungspersonal sogar rechtsradikales Vokabular Verwendung: So benutzte etwa die sächsische AfD-Landesvorsitzende Frauke Petry in einem Interview mit dem rechtsgerichteten Internetportal *blu TV* den Begriff „Antifanten“, als sie von Protesten gegen ihre Partei sprach.²³ Das Wort „Antifant“ dient in rechtsextremen Kreisen als Schmähwort für Antifaschist_innen. Es wurde in subkulturellen rechtsextremen Zirkeln bekannt durch die Verbreitung eines Liedes der rechtsextremen Band *Gigi und die braunen Stadtmusikanten* mit dem Titel „10 kleine Antifanten“. Das Stück wurde auf der CD „Gefahr in Verzug“ Anfang 2009 veröffentlicht.²⁴ Da dieser Begriff außerhalb der rechtsextremen Subkultur nahezu unbekannt ist, stellt sich die Frage, wie er in einer öffentlichen Stellungnahme einer AfD-Spitzenpolitikerin Verwendung finden kann.

Die Forderung nach „nationaler Identität“ scheint sich zu einem weiteren zentralen Themenfeld für die AfD zu entwickeln: So gab der Vorsitzende der AfD Thüringen, Björn Höcke, der neurechten Zeitschrift *Blaue Narzisse* unter der Überschrift „Die AfD als identitäre Kraft“ ein Interview, in dem er die „Frage nach der Identität für die zentrale Frage der Menschheit im 21. Jahrhundert“ erhob, da diese „der Schlüssel zu ökonomischen und ökologischen Homöostasen, also ausgleichenden Selbstregulierungen einer Gesellschaft“ sei. Und weiter: „Die Deutschen und die Europäer haben die Aufgabe, den Wert ihrer Hochkultur wiederzuentdecken.“²⁵ Mit solchen Formulierungen weist Höcke deutliche Anlehnungen an den Jargon der neuen Rechten auf, die das Thema Nationale Identität in den Neuzerhnundertachtziger Jahren als Kampfbegriff in den öffentlichen Diskurs speisten, um gegen die multikulturell verfasste Einwanderungsgesellschaft zu Felde zu ziehen. Dementsprechend begreift Höcke die AfD „als letzte evolutionäre Chance für ein krisengezeichnetes Land“.²⁶

Vom Abendland, dem Islam und den Einwanderern

Hinsichtlich ihrer Stellung zum Islam und den Einwanderern finden sich bei der AfD partielle Überschneidungen mit Forderungen rechtspopulistischer Parteien wie der *Schweizerischen Volkspartei* (SVP). So druckte die AfD im Vorfeld der Europawahlen 2014 Plakate mit der Aufschrift „Die Schweiz ist für Volksentscheide. Wir auch“, nachdem die SVP eine Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“ durchgeführt hatte. Ebenfalls wurde im sächsischen Wahlprogramm der AfD die Forderung nach „Volksabstimmungen über den Bau von Moscheen mit Minaretten in Sachsen erhoben.“²⁷ Eine solche Forderung gilt als merkmalsprägend für rechtspopulistische Parteien wie die SVP, die österreichische FPÖ oder die niederländische Partij voor de Vrijheid (PVV) und wurde hierzulande bislang ausschließlich von Parteien des rechten Randes artikuliert.

Vor dem Hintergrund eines internationalen gewalttätigen Islamismus erweist sich das Feindbild Islam auch hierzulande als anschlussfähig für breitenwirksame rechte Kampagnen. Besonders deutlich wurde dies in den wöchentlichen PEGIDA-Demonstrationen in Dresden, die Anfang des Jahres 2015 die Teilnehmerzahl von über Zehntausend überschreiten konnte.

Die bei PEGIDA artikulierten Forderungen sind in vielen Fragen deckungsgleich mit Positionen der AfD, deren äußerst rechter Flügel frühzeitig zur Unterstützung mobilisierte. In einer Stellungnahme der *Patriotischen Plattform* wurde die Gesamtpartei dazu aufgefordert, „die Kernforderung von Pegida zu übernehmen und sich in aller Deutlichkeit gegen die Islamisierung des Abendlandes auszusprechen.“ Diese Forderung wird in dem Schreiben verknüpft mit der Aufforderung, „gegen die Wahnvorstellung einer multikulturellen Gesellschaft“ einzutreten.²⁸

In einem Interview mit einem Videoportal der Jungen Freiheit erklärte Frauke Petry ihre Zustimmung zu Forderungen von PEGIDA und betonte in diesem Kontext die Bedeutung nationaler Identitätsfragen. Laut Petry artikulieren die Demonstrant_innen „die große Sorge, die man im Osten vielleicht auch eher findet als im Westen, dass wir mit unserer eigenen Identität offensichtlich Probleme haben und gar nicht mehr wagen, darüber zu sprechen, wie es ist, als Deutscher in Deutschland zu leben und wie man dieses Land selbst

²² Konrad Adam: Moderne Pharisäer, in: Junge Freiheit v. 26.09.2013

²³ blu TV Interview mit Frauke Petry (AfD) v. 28.09.2014, <https://www.youtube.com/watch?v=pgejUua3YJE> (21.06.2015). Begriffsverwendung durch Petry ab Min. 2:11.

²⁴ Zur Verdeutlichung des rechtsextremen Inhalts zwei Strophen als Zitat: „Zehn kleine Antifanten sahen mal wieder rot – Nur an einer Ampel nicht, schon war der erste tot.“ – „Acht Zecken aßen Gammelfleisch – Das nennt man heute Döner, einer ist daran verreckt, das wird ja immer schöner!“ Die CDs der Band wurden 2008 und 2010 indiziert.

²⁵ Björn Höcke: „Die AfD als identitäre Kraft“, Interview in: *Blaue Narzisse* online v. 13.08.2014, <http://www.blaue-narzisse.de/index.php/gesichtet/item/4820-afd-als-identitaere-kraft> (10.12.2014).

²⁶ Björn Höcke: Auf dem besten Weg zur Volkspartei, in: *The European* v. 21.05.2015, <http://www.theeuropean.de/bjoern-hoecke/10074-afd-in-der-mitte-der-gesellschaft> (21.06.2015)

²⁷ AfD-Parteitag in Zwickau stellt Weichen für Landtagswahl, in: *Lausitzer Rundschau* v. 03.03.2014 unter <http://www.lr-online.de/nachrichten/sachsen/AfD-Parteitag-in-Zwickau-stellt-Weichen-fuer-Landtagswahl:art1047,4504417> (12.03.2014).

²⁸ Stellungnahme der Patriotischen Plattform, AfD muß sich gegen Islamisierung des Abendlandes aussprechen! 09.12.2014, unter: <http://patriotische-plattform.de/blog/2014/12/09/stellungnahme-der-patriotischen-plattform-afd-muss-sich-gegen-islamisierung-des-abendlandes-aussprechen/> (10.12.2014)

gestalten möchte.“²⁹ Auch Alexander Gauland bekundete: „Wir sind die ganz natürlichen Verbündeten dieser Bewegung.“³⁰ Trotz bestehender Skrupel von Teilen der Partei, mit dem rechtsradikalen Anhang dieser Proteste in Verbindung gebracht zu werden, bietet sich die AfD ihnen als eine Art parteipolitisches Dach an und sorgt damit zugleich für deren parteipolitische Verankerung. Innerhalb der Partei sind zudem deutliche Schnittmengen zu den PEGIDA-Organisationsstrukturen und deren Ablegern zu erkennen. So gehörte mit Achim Exner auch ein Dresdner AfD-Mitglied zum sogenannten *Orga-Team* von PEGIDA.³¹ In Leipzig traten die AfD-Mitglieder Felix Koschkar und Hans-Thomas Tillschneider im Zusammenhang mit dem PEGIDA-Ableger LEGIDA in Erscheinung. Koschkar gilt laut einem Bericht der Wochenzeitung *Die Zeit* „als wichtiger Vertreter der extrem rechten und islamfeindlichen Gruppierung der ‚Identitären‘.“³²

In der neurechten Zeitschrift *Sezession* betonte hingegen Nils Altmieks, Leiter der *Identitären Bewegung Deutschland*, die Nähe zur AfD: „Wir haben mit den vergangenen Demonstrationen in Dresden und anderswo erstmals seit der Wiedervereinigung patriotische Massenkundgebungen erlebt. Zugleich kann in der AfD eine Partei gesehen werden, die einen beachtlichen Anteil von Funktionären aufzuweisen hat, der richtige Themen anspricht und in die Öffentlichkeit bringt.“³³ In rechten Seilschaften innerhalb der AfD wie etwa der *Patriotischen Plattform* wird hingegen in deren Gründungserklärung gegen die „Herausbildung einer multikulturellen Gesellschaft auf deutschem Boden“ argumentiert.³⁴

In Kreis- und Bezirksverbänden der AfD wird die rassistische Haltung in Form von Anträgen und Petitionen sichtbar. So heißt es exemplarisch in einer Petition des AfD-Kreisverbandes Dresden zur Reform des Einwanderungsgesetzes: „Die absurde Praxis einer ‚Willkommenskultur‘, gemäß der der dt. Staat u. die dt. Gesellschaft gleichsam die Pflicht haben, für das umfassende Wohlergehen von Zuwanderern zu sorgen sowie sich deren

kulturellen, sprachlichen oder nationalen Besonderheiten anzupassen, ist zu beenden.“³⁵

Rechtsruck nach Führungswechsel

Auf dem Essener Parteitag der AfD im Juli 2015 kam es zum vollständigen Machtwechsel: Bernd Lucke unterlag Frauke Petry in dem innerparteilichen Kampf um die Führungsrolle deutlich mit 38 Prozent gegenüber 60 Prozent an Mitgliederzustimmung. Damit einher ging eine deutliche Hinwendung zum rechten Populismus: So erklärte der NRW-Vorsitzende der Partei, Marcus Pretzell, in seiner Einführungsrede zum Parteitag, dass die AfD nicht nur das Euro-Thema behandle, sondern zudem eine „PEGIDA-Partei“ sei.³⁶

Bislang konnte die AfD ihre Zustimmungsraten nur dadurch erlangen, dass sie die drei sie prägenden unterschiedlichen politischen Milieus – die neoliberal Gesinnten, die Nationalkonservativen und das offen neurechte Parteimilieu – unter einem parteipolitischen Dach vereinen konnte. Im Zuge der aktuellen Flüchtlingsdebatte entwickelt sich die AfD zunehmend zu einem deutschen Pendant zur rechtspopulistischen FPÖ in Österreich. „Ich sehe Männer und Frauen, ich sehe eine Gemeinschaft, ich sehe ein Volk, das eine Zukunft haben will!“ So brüllte es kürzlich der thüringer AfD-Landeschef Björn Höcke auf einer Demonstration „gegen den Asyl-Wahnsinn“ von der Tribüne. In einer anderen Demonstrationsrede behauptete Höcke, er kenne „kein Land in der Welt, wo die Eliten des Landes die Interessen des eigenen Volkes so mit Füßen treten wie in der Bundesrepublik Deutschland“. Höcke unterfüttert dabei seine populistische Elitenkritik mit völkisch verklausulierten Untergangsprophetien: „Seit Jahrzehnten betreiben die Altparteien eine Politik, die auf Auflösung unseres Landes hinführt.“ Höcke scheint jegliche Hemmungen gegenüber der politischen Öffnung nach Rechtsaußen verloren zu haben. So kündigte die neurechte Zeitschrift *Sezession* Höcke als Referenten auf der Herbsttagung des Instituts für Staatspolitik am 21. November 2015 an, die unter das Motto „Ansturm auf Europa“ gestellt wurde. Als weitere Referenten werden neben dem Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider auch der rechte Querfront-Publizist Jürgen Elsässer und der Sezessions-Herausgeber und Pegida-Redner Götz Kubitschek genannt. Ein solcher Auftritt eines Landesvorsitzenden der AfD kann als deutliches Signal an die neue und die extreme Rechte in dem Sinne verstanden werden, dass sich die Türen der AfD nun auch für dieses politische Klientel öffnen. Damit offenbart die Thüringer AfD einen Schulter-

²⁹ Frauke Petry, Interview in JF-TV Dokumentation über PEGIDA, Dresden, 08.12.2014, <https://www.youtube.com/user/jungefreiheitverlag> (12.12.2014)

³⁰ Jan Bielicki: AfD-Spitze stellt sich hinter „Pegida“, SZ online 09.12.2014, <http://www.sueddeutsche.de/politik/reaktionen-auf-demos-afd-spitze-stellt-sich-hinter-pegida-1.2259371> (12.12.2014)

³¹ Matthias Meisner: Die Achse der Rechtspopulisten. Wie AfD und Pegida paktieren, 28.01.2015, <http://www.tagesspiegel.de/politik/die-achse-der-rechtspopulisten-wie-afd-und-pegida-paktieren/11295584.html> (07.05.2015)

³² Die Zeit Presseschau: Pegida-Bewegung von AfD mitorganisiert, 16.12.2014, <http://www.presseportal.de/pm/9377/2907747/pegida-bewegung-von-afd-mitorganisiert> (05.05.2015)

³³ Nils Altmiek: Interview in: Sezession im Netz v. 09.06.2015, <http://www.sezession.de/49996/wiener-der Austausch-demonstration-bundesrepublikanisch-gesehen.html/2> (20.06.2015)

³⁴ Gründungserklärung der Patriotischen Plattform, <http://patriotische-plattform.de/> (20.06.2015)

³⁵ Petitionen Neuregelung des Asylrechts und Neuregelung des Einwanderungsrechts vom AfD Kreisverband Dresden, 01.05.2015, <https://www.openpetition.de/petition/online/neuregelung-des-einwanderungsrechts> (04.05.2015)

³⁶ Rainer Roeser: Pegida-Partei AfD, in: Blick nach rechts v. 06.07.2015, <http://www.bnr.de/print/14461> (06.07.2015)

schluss mit Rechtsaußenvertreter_innen der AfD in anderen Bundesländern wie dem Vorsitzenden der Patriotischen Plattform aus Sachsen, Hans-Thomas Tillschneider, sowie André Poggenburg, AfD-Landesvorsitzender von Sachsen-Anhalt. Dies offenbart sich jedoch nicht bloß in Ostdeutschland: So wurde am 29.08.2015 auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen AfD Martin Renner mit 59,4 Prozent der Stimmen zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. In seiner Bewerbungsrede erklärte er unter starkem Applaus der Zuhörschaft, „Multikulti“ sei nichts anderes als „der veritable Islam“, und der Islam sei „der Gegensatz unserer abendländischen Kultur“. Die AfD stilisierte er als die „letzte Chance für Deutschland, eine geistig-moralische Wende innerhalb der Gesellschaft zu erreichen“. Renner, der sich schon vor geraumer Zeit als UK Independence Party (UKIP)-Fan outete, schlägt nun weitere Brücken zum europäischen Rechtspopulismus: So als angekündigter Mitdiskutant bei einer AfD-Veranstaltung am 31.10.15 im Ruhrgebiet, zu der der Schweizer Rechtspopulist Oskar Freysinger (SVP) zum Thema „Wohin steuert Europa?“ geladen wurde. Ebenfalls dabei Höckes-Ko-Landessprecher Stefan Möller. Ein weiteres angekündigtes Highlight für rassistisch-sexistische Schenkelpopler: Ein Auftritt des Buchautors und Pegida-Redners Akif Pirinçci am 12.11.15 auf Einladung der AfD NRW. Auf dem Bundesdelegiertenparteitag der AfD am 28./29.11.2015 in Hannover wurde die Rechtsentwicklung in der Verabschiedung einer Resolution zum Thema Asyl deutlich: So wurde ein Entwurf des Bundesvorstandes nach Abstimmung ersetzt durch einen schärfer formulierten Entwurf des stellvertretenden AfD-NRW-Vorsitzenden Martin Renner. Dort lautet es unter Punkt 5: „Das Asylrecht muss und kann eingeschränkt werden.“³⁷ Ein sog. 5-Punkte-Papier in rechtsnationalistischem Sprachduktus, das sowohl von Höcke auf einer flüchtlingsfeindlichen AfD-Demonstration in Erfurt wie auch vom brandenburgischen AfD-Landesvorsitzenden Alexander Gauland auf einer parallel stattfindenden AfD-Demonstration in Magdeburg verlesen wurde, bekräftigt diese politische Entwicklungstendenz.³⁸ Die AfD wird offensichtlich nicht nur zum politischen Staubsauger des ressentimentgeladenen Wutbürgertums sowie des rassistischen Mobs – sie treibt zugleich den hegemonialen konservativen Block weiter nach rechts. So formulierten jüngst die Unionsinnenpolitiker_innen aus Bund und Ländern eine Berliner Erklärung, in der die „Utopie einer Multikultigesellschaft für gescheitert“

erklärt wurde und die Forderung erhoben wurde, die Zuwanderung „auf ein Maß zu begrenzen, das die gesellschaftliche Akzeptanz nicht übersteigt und die Integrationsfähigkeit dieses Landes auch langfristig gewährleistet“.³⁹ Den Aufstand von großen Teilen der CDU/CSU gegen das Merkel-Credo „Wir schaffen das“ in Bezug auf die Flüchtlingsfrage dokumentiert zudem ein Buch, das von dem Staatssekretär beim Bundesminister für Finanzen, Jens Spahn, herausgegeben worden ist. Dort nimmt u. a. die CDU-Landesvorsitzende von Rheinland-Pfalz, Julia Klöckner, Stellung zur Willkommenskultur, welche sie durch rigide Integrationsmaßnahmen – die sich eher wie Assimilationsforderungen lesen – ersetzen will.⁴⁰ Klöckner, die in CDU-Kreisen als mögliche Merkel-Nachfolgerin gehandelt wird, weist damit zugleich auf neue politische Entwicklungstendenzen hin: Auf die Herausbildung eines neuen rechtskonservativen Blocks, in dem die AfD nicht mehr bloß eine Rolle als rechte Fundamentalopposition, sondern vielmehr als politischer Stichwortgeber sowie als potenzieller Mehrheitsbeschaffer einnehmen könnte. Derartige Entwicklungsmöglichkeiten offenbaren zugleich die Grenzen vieler Initiativen und Maßnahmen „gegen Rechtsextremismus“. Denn durch den eingeschränkten Blick auf eine offen verfassungsfeindliche und gewaltförmige extreme Rechte wird eine notwendige Kritik an rechten Transformationstendenzen innerhalb des demokratischen Politik- und Ordnungsgefüges vernachlässigt. Der Erhalt und der Ausbau des Grundrechts auf Asyl sollte ein zentraler Gradmesser zur Beurteilung des Zustandes unserer parlamentarischen Demokratie sein.

Autor

Alexander Häusler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf (www.forena.de). Aktuelle Veröffentlichungen zur AfD: Alexander Häusler/Rainer Roeser: Die rechten ›Mut‹-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der Alternative für Deutschland, Hamburg 2015. Alexander Häusler (Hg.): Die „Alternative für Deutschland“ – Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden 2015 (i. E.) .

Literatur und Materialien ...

... zum Thema Rechtsextremismus

Bednarz, Liane/Giesa, Christoph: Gefährliche Bür-

³⁷ Nachdruck in RP online v. 28.11.2015, <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/afd-parteitag-in-hannover-nrw-antrag-zur-verschaerfung-des-asylrechts-aid-1.5594123> (28.11.15)

³⁸ Götz Kubitschek: Höcke und Gauland verlesen 5 Grundsätze für Deutschland, in: sezession online v. 18.11.2015, <http://www.sezession.de/52269/hoecke-und-gauland-verlesen-5-grundsätze-für-deutschland.html> (19.11.15)

³⁹ „Multikultigesellschaft gescheitert“, in: Süddeutsche Zeitung v. 28.11.2015

⁴⁰ Julia Klöckner: Von der Willkommenskultur zur Integrationskultur, in: Jens Spahn (Hg.): Ins Offene. Deutschland, Europa und die Flüchtlinge. Die Debatte, Freiburg i. B. 2015, 123-131.

ger. Die neue Rechte greift nach der Mitte, München: Hanser, 2015

Decker, Frank/Henningsen, Bernd/Jakobsen, Kjetil (Hg.): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien (International Studies on Populism, Bd. 2), Baden-Baden: Nomos, 2015

Gießelmann, Bente/Heun, Robin/Kerst, Benjamin u. a. (Hg.): Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe, Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2016

Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen (Gender Studies), Bielefeld: transcript, 2015

Hechler, Andreas/Stuve, Olaf (Hg.): Geschlechterreflektierte Pädagogik gegen Rechts unter Mitarbeit von Christian Beeck, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, 2015

Panitch, Leo/Albo, Greg (Hg.): The Politics of the Right. Socialist Register 2016, Hamburg: The Merlin Press, 2015

Zick, Andreas/Küpper, Beate: Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, (herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Melzer, Ralf/Molthagen, Dietmar), Bonn: J. H. W. Dietz Nachf., 2015

... zu den Themen Rassismus, Antisemitismus, Rassismuskritik

Marmer, Elina/Sow, Papa (Hg.): Wie Rassismus aus Schulbüchern spricht. Kritische Auseinandersetzung mit „Afrika“-Bildern und Schwarz-Weiß-Konstruktionen in der Schule – Ursachen, Auswirkungen und Handlungsansätze für die pädagogische Praxis, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2015

McCarthy, Thomas: Rassismus, Imperialismus und die Idee menschlicher Entwicklung (edition suhrkamp 2688), Berlin: Suhrkamp, 2015

Schellenberg, Britta/Becher, Martin (Hg.): Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Herausforderungen und Gelingensfaktoren in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus. Ein deutsch-tschechischer Sammelband (Non-formale politische Bildung, Bd. 9), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2015

Sequeira, Dileta Fernandes: Gefangen in der Gesellschaft – Alltagsrassismus in Deutschland.

Rassismuskritisches Denken und Handeln in der Psychologie, Marburg: Tectum, 2015

... zu den Themen NS und Vergangenheitspolitiken

Bergmann, Michel: Alles was war. Erzählung, München: dtv, 2015

Engelmann, Reiner: Wir haben das KZ überlebt. Zeitzeugen berichten, München: cbj, 2015

Fischer, Torben/Lorenz, Matthias N. (Hg.): Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945 (Histoire, Bd. 53), Bielefeld: transcript, 3. überarbeitete und erweiterte Aufl., 2015

Gryglewski, Elke/Haug, Verena/Kößler, Gottfried u. a. im Auftrag der AG Gedenkstättenpädagogik (Hg.): Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen, Berlin: Metropol, 2015

Völkel, Bärbel: Stolpern ist nicht schlimm. Materialien zur Holocaust-Education (Geschichte unterrichten), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2015

... zu den Themen Migration und Migrationsgesellschaft

Bislimi, Nizaqete mit Rygiert, Beate: Durch die Wand. Von der Asylbewerberin zur Rechtsanwältin, Köln: DuMont, 2015

Bourcier, Beatrice: Mein Sommer mit den Flüchtlingen. Der bewegende Bericht einer freiwilligen Flüchtlingshelferin, Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel, 2015

Brassel-Ochmann, Andrea: Die trügerische Akzeptanz von Islam, Homosexualität und Suizid. Das doppelte Meinungsklima in Deutschland (Research), Wiesbaden: Springer VS, 2016

Eigenmann, Philipp/Geisen, Thomas/Studer, Tobias (Hg.): Migration und Minderheiten in der Demokratie. Politische Formen und soziale Grundlagen von Partizipation, Wiesbaden: Springer VS, 2016

Großer-Kaya, Carina: Biographien der Arbeit – Arbeit an Biographien. Identitätskonstruktionen türkeistämmiger Männer in Deutschland (Gesellschaft der Unterschiede, Bd. 28), Bielefeld: transcript, 2015

Hörich, Carsten: Abschiebungen nach europäi-

schen Vorgaben. Die Auswirkungen der Rückführungsrichtlinie auf das deutsche Aufenthaltsrecht (Schriften zum Migrationsrecht, Bd. 20), Baden-Baden: Nomos, 2015

Kadelbach, Stefan (Hg.): Solidarität als Europäisches Rechtsprinzip? (Schriften zur Europäischen Integration und Internationalen Wirtschaftsordnung, Bd. 32), Baden-Baden: Nomos, 2014

Kaletsch, Christa/Rech, Stefan: Heterogenität im Klassenzimmer. Methoden, Beispiele und Übungen zur Menschenrechtsbildung, Schwalbach i. Ts.: Debus Pädagogik, 2015

Landesjugendring NRW, Projekt Ö₂ – Interkulturelle Öffnung von Jugendringen und Jugendverbänden (Hg.): Junge Geflüchtete in der Jugendverbandsarbeit – Impulse aus der Praxis für die Praxis. Handreichung des Landesjugendrings NRW, Düsseldorf 2015

Marx, Reinhard: Aufenthalts-, Asyl- und Flüchtlingsrecht. Handbuch (Nomos Praxis), Baden-Baden: Nomos, 5. Aufl., 2015

Richter, Michael: Fluchtpunkt Europa. Unsere humanitäre Verantwortung, Hamburg: edition Körber-Stiftung, 2015

Schmitt, Caroline: Migrantisches Unternehmertum in Deutschland. Afro Hair Salons zwischen Ausgrenzung und Inkorporation (Kultur und soziale Praxis), Bielefeld: transcript, 2015

Treibel, Annette: Integriert Euch! Plädoyer für ein selbstbewusstes Einwanderungsland, Frankfurt a. M./New York: Campus, 2015

Walz-Pawlita, Susanne/Unruh, Beate/Janta, Bernhard (Hg.): Identitäten (Bibliothek der Psychoanalyse), Gießen: Psychosozial, 2015

... zum Thema Migrationspädagogik

Brodesser, Ellen: Kinder aus zugewanderten Familien in Förderschulen. Vertiefende Auswertung der Berliner Erhebung „BELLA“ zu herkunftsbezogenen Disparitäten (Research), Wiesbaden: Springer VS, 2016

Brunner, Myriam/Ivanova, Alina: Praxishandbuch Interkulturelle Lehrer/innenbildung. Impulse – Methoden – Übungen, Schwalbach i. Ts.: Debus Pädagogik, 2015

Diehl, Claudia/Hunkler, Christian/Kristen, Cornelia (Hg.): Ethnische Ungleichheiten im Bildungsverlauf. Mechanismen, Befunde, Debatten, Wiesbaden: Springer VS, 2016

Gaitanides, Charlotte/Grözing, Gerd (Hg.): Diversity in Europe (Europawissenschaftliche Schriften der Europa-Universität Flensburg/Miscellanies of the Europa-Universität Flensburg, Bd. 4), Baden-Baden: Nomos, 2015

Geiger, Dorothee: Handlungsfähigkeit von geduldeten Flüchtlingen. Eine empirische Studie auf der Grundlage des Agency-Konzeptes (Edition Centaurus – Soziale Analysen und Interventionen), Wiesbaden: Springer VS, 2016

... zu den Themen Jugendarbeit und Jugendhilfe

Niemeyer, Christian: Mythos Jugendbewegung. Ein Aufklärungsversuch, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2015

Shell Deutschland Holding (Hg.): 17. Shell Jugendstudie. Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch, Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch, 2015

... zum Thema (politische) Bildung

Autorengruppe Fachdidaktik: Was ist gute politische Bildung? Leitfaden für den sozialwissenschaftlichen Unterricht (Politik unterrichten), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2016

Böhm, Otto/Katheder, Doris: Grundkurs Menschenrechte. Die 30 Artikel. Kommentare und Anregungen für die politische Bildung, Bd. 1–5, (herausgegeben von der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus Nürnberg), Würzburg: Echter, 2012

Nachrichten

Ausschreibung zum dritten FORENA-Nachwuchspreis „Völkischer Nationalismus/Extreme Rechte/Rechtspopulismus“

Bewerbungen bis zum 31.1.2016

Parallel dazu schreibt das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen den Sonderpreis „Demokratie und Zusammenhalt in der Vielfalt“ aus. Ziel des FORENA-Nachwuchspreises ist es, junge Wissenschaftler_innen auf ihrem Weg ins akademische Feld zu unterstützen.

Infos zum Bewerbungsverfahren unter:

<http://www.forena.de/category/nachwuchspreis/>

Interaktive Karte zur europäischen Dimension der extremen Rechten:**www.projekt-entgrenzt.de**

In nahezu allen europäischen Staaten existieren extrem rechte Strukturen, Organisationen und Strömungen, die von rechtspopulistischen Parteien bis hin zu militant auftretenden neofaschistischen und neonazistischen Gruppen und Bewegungen reichen. Die Aktivitäten der extremen Rechten bleiben allerdings nicht auf die jeweiligen Ländergrenzen beschränkt, sondern es kommt zu grenzüberschreitenden Vernetzungen und Kooperationen.

Während eine Vielzahl an länderspezifischen Analysen von extrem rechten Strukturen und Erscheinungsformen vorliegt, stellen Aspekte länderübergreifender Vernetzungen und Diskurse eine selten berücksichtigte Perspektive dar. Vor allem im Bereich der Bildungsarbeit zum Thema „Rechtsextremismus“ lässt sich dahingehend eine Leerstelle konstatieren.

Der europäischen Dimension der extremen Rechten hat sich das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbildung (IDA e. V.) im laufenden Jahr im Rahmen des Projektes „Entgrenzt: transeuropäische Perspektiven auf die extreme Rechte“ gewidmet. Mit dem von der Bundeszentrale für politische Bildung geförderten Projekt stellt IDA Material, Wissen und Hintergründe für Fachkräfte, Multiplikator_innen sowie Lehrkräfte der Bildungsarbeit in Form einer interaktiven Onlinekarte bereit, die unter www.projekt-entgrenzt.de abrufbar ist.

Im Fokus der Onlinekarte steht die Bedeutung grenzüberschreitender Kooperationen für die extreme Rechte in Deutschland. Sie beinhaltet aber auch Beispiele ohne deutsche Beteiligung. Vorgestellt werden Organisationen, Vernetzungen und Zusammenschlüsse der extremen Rechten in Europa, länderübergreifende Demonstrationen, Treffen und Konferenzen; aber auch Aspekte extrem rechter Jugendkultur finden sich auf der Projekt-Webseite.

Termine**Fachtag Diversity: Auf Augenhöhe?!
Junge Geflüchtete in der Jugendarbeit**

Der Fachtag widmet sich der Situation geflüchteter Kinder und Jugendlicher. Vorgestellt werden Initiativen, die Förderung und Partizipation als Auftrag der Jugendhilfe für diese Zielgruppen aufgreifen und umsetzen.

Termin: 19. Januar 2016, 9.30 Uhr bis 15.00 Uhr
Ort: Evangelische Jugendbildungsstätte Hackhauser Hof e. V., Solingen
Infos und Anmeldung: www.hackhauser-hof.de
oder drews@hackhauser-hof.de

Rassismus – war da was?**Pädagogisches Handeln in der Migrationsgesellschaft**

Fachtagung des IDA-NRW, dem LJR und der AJS

Thema:

Migration ist kein Phänomen der letzten Wochen und Monate, vielmehr ist Deutschland schon immer ein Einwanderungsland gewesen. Kinder und Jugendliche der verschiedensten Herkunftsländer, differenter sozialer Realitäten, vielfältiger religiöser und kultureller Zugehörigkeit und Vorlieben sind seit Jahrzehnten in Schule, Kita, Häusern der Offenen Tür oder der Jugendverbandsarbeit präsent. Sie machen das Leben vor Ort vielseitiger, sind zugleich oftmals von sog. mehrheitsangehörigen Kindern nicht unterscheidbar, bringen aber manchmal Diskriminierungserfahrungen mit oder erleben problematische Strukturen, z. B. bei Behörden oder im Schulsystem. Jugendarbeit und Schule bedürfen einer differenzsensiblen Pädagogik, die den Anforderungen der pluralen Gesellschaft gerecht zu werden sucht.

Wir wollen bei dieser Fachtagung der Frage nachgehen, wie eine rassismuskritische und – allgemeiner – differenzsensible Pädagogik aussehen kann und welche Stolpersteine zu bedenken sind. Wie kann die Berücksichtigung von ethnisch/nationalen, sozialen und/oder kulturellen Differenzen gelingen, ohne die Kinder und Jugendlichen auf diese Differenzen zu reduzieren? Die (migrations-)pädagogische Herausforderung liegt in der angemessenen Beachtung von Differenz, die die Kinder und Jugendlichen nicht zu den „Anderen“ werden lässt.

Die Tagung richtet sich an Fachkräfte der Jugendbildungs-, -sozial- und -verbandsarbeit, der politischen Bildungsarbeit sowie Lehrer/innen.

Programm:

13.00 Uhr Mittagsimbiss

14.00 Uhr Begrüßung

14.15 Uhr Fachvortrag: „Rassismuskritisches pädagogisches Handeln in der Migrationsgesellschaft“

Andreas Foitzik (Leiter Fachdienst Jugend, Bildung, Migration der Bruderhaus Diakonie Reutlingen)

15.30 Uhr Kaffeepause

16.00 Uhr Talk zum Thema mit Andreas Foitzik und Anne Broden (IDA NRW) unter Einbezug der Erfahrungen der Teilnehmenden

17.00 Uhr Ende

Termin: 16. Februar 2016, 14.00 bis 17.00 Uhr

Ort: Landschaftsverband Westfalen-Lippe (Landeshaus), Freiherr-vom-Stein-Platz 1, 48143 Münster

Anmeldung: info@mail.ajs.nrw.de

Anmeldefrist: 09.02.2016

Teilnahmebeitrag: 15 € (einschließlich Getränke und Mittagsimbiss)

Die Vielfalt-Mediathek des IDA e. V.

Dokumentation, Information und Nachhaltigkeit

Lokales Engagement gegen Rassismus, Beratung zum Thema Rechtsextremismus, Empowermentstrategien oder Demokratieerziehung in der Kita – zahlreiche zivilgesellschaftliche Projekte, die sich solchen Aufgaben widmen, werden durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Die Projekte haben eine Vielzahl von Materialien erstellt: Bücher, Broschüren, Arbeitshilfen, Filme, aber auch Webportale, Kalender, Spiele und Musik-CDs. Für andere Projektträger, Multiplikator_innen und Interessierte sind das Wissen und die Kompetenzen, die in den einzelnen Projekten entstanden sind, eine unschätzbare Hilfe für die (Fort-)Entwicklung wirksamer Strategien gegen Rechtsextremismus und Rassismus.



Um die Projektmaterialien einer interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen und die Nachhaltigkeit der Projekte zu sichern, recherchiert und archiviert die Vielfalt-Mediathek des IDA e. V. in Kooperation mit dem DGB Bildungswerk Bund Materialien aus dem derzeit laufenden Bundesprogramm. Darüber hinaus finden sich dort auch die Publikationen der Vorläuferprogramme. Das Themenspektrum reicht von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus über Migration und Migrationsgeschichte bis zu Migrationspädagogik, Diversität und Demokratieerziehung.

Mittlerweile stellt die Vielfalt-Mediathek über 2200 Medien zur Verfügung, die auf www.vielfalt-mediathek.de recherchiert, heruntergeladen oder für 4 Wochen kostenlos ausgeliehen werden können. Die Recherche ist über eine Suchmaske möglich, die Ausleihe erfolgt online.

Zudem bietet die Vielfalt-Mediathek ein Podcastmagazin und Expertisen an, die Hintergrundinformationen liefern zu und über die neuesten Entwicklungen in den Themenfeldern der Vielfalt-Mediathek berichten. Auch werden spezielle Themenpakete zu besonders nachgefragten Themenschwerpunkten, zum Beispiel „Rassismus und soziale Netzwerke“, angeboten.

Die Vielfalt-Mediathek wird gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.